

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3.00 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 87 636. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Das gefälschte Ruffengeld.

Internationaler Fälscherprozeß in Moabit.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute morgen bei großem Andrang von Verächterflüchern und Publikum unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Warlenberg die Verhandlung gegen die georgischen Fälscher. Die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Tschlaw und dem Staatsanwaltschaftsrat Krünerberg vertreten. Die Verteidigung liegt in Händen der Berliner Rechtsanwältin Dr. Bär und Dr. Saß und der Münchener Rechtsanwältin Dr. Jung, Dr. Menz und Dr. Froehberg. Von den Angeklagten sind erschienen Sadashlerajswili, Karumidse, Dr. Weber, der Buchhändler Böhle, Bell, Rüpping, Schmidt. Der Angeklagte Schneider, der Drucker, fehlt. Ein Krankheitsattest ist nicht eingegangen. Ingenieur Dr. Weber hat aber von der Frau des Angeklagten briefliche Mitteilung, daß ihr Mann an Gelenkrheumatismus und einem Herzklappenfehler leidet. Der Oberstaatsanwalt beantragt Abtrennung des Verfahrens gegen Schneider. Dr. Saß bittet, sich doch mit München telephonisch in Verbindung zu setzen. Das Gericht beschließt, das Verfahren gegen Schneider abzutrennen und auch den Angeklagten Rüpping zu entlassen, dessen Anklage mit Schneider eng im Zusammenhang steht.

Rechtsanwalt Dr. Froehberg rügt für seinen Mandanten Schmidt und Rechtsanwalt Dr. Menz für den Angeklagten Dr. Weber die Zuständigkeit des Berliner Gerichts. Der Druck der alten Fälscher habe in München stattgefunden, die angeklagten Zeugen wohnen gleichfalls in München, man habe also künstlich die Zuständigkeit gesucht. Die Zuständigkeit des Münchener Gerichts auszuschließen. Man habe einfach dem diesbezüglichen Wunsch der Sowjetregierung entsprochen. Der Vorsitzende: Glauben Sie, daß die Berliner Richter weniger objektiv sein würden als die deutschen? Rechtsanwalt Dr. Menz: Das glaube ich nicht. Ich bin von der Objektivität der Berufsrichter überzeugt, die Polizeirichter kenne ich nicht, aber die Atmosphäre in München ist eine ganz andere als in Berlin, und so haben die Angeklagten Interesse daran, in München abgeurteilt zu werden. Rechtsanwalt Dr. Beer, der Verteidiger der beiden Georgier, begrüßt seinerseits das internationale Forum des Berliner Gerichts. Der Oberstaatsanwalt spricht sich für die Zuständigkeit des Berliner Gerichts aus, denn die Verbreitung der Fälschungen habe hier stattgefunden. Das Gericht lehnt den Antrag der Verteidigung ab. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses kommt als erster Angeklagter

Schalwa Karumidse

zu Wort. Er spricht russisch und wird von einem schlechten Dolmetscher unterzogen. Er ist im Jahre 1887 in einem kleinen Ort Georgiens geboren, hat in Tiflis das Gymnasium besucht, in Moskau Geschichte und Landwirtschaft studiert und ist vom Jahre 1911 an in Tiflis an einer höheren Schule als Lehrer für Geschichte tätig gewesen. Am politischen Leben Georgiens nahm er innerhalb verschiedener kultureller Institutionen teil und ging während des Krieges als Mitglied der Liga der Fremdoberer in Russland nach Deutschland. Das Komitee der Liga reichte unter seiner Mitwirkung eine Denkschrift an Wilson ein, in der die Lage der Minderheiten in Russland geschildert wurde. Das war im Mai 1915. Der Angeklagte schildert ausführlich seine Tätigkeit nach der Selbständigkeitsklärung Georgiens und betont ganz besonders die Sympathien Deutschlands für ein unabhängiges Georgien. Er wurde in die Nationalversammlung gewählt, wurde Mitbegründer der Nationaldemokratischen Partei und Vorstandsmitglied einer Reihe wirtschaftlicher Institutionen. Nach der Okkupation Georgiens durch die Sowjetregierung kam er im Jahre 1921 nach Deutschland. Er wollte hier auf Grund von Verbindungen mit verschiedenen deutschen Persönlichkeiten — wobei er diese Verbindungen hatte, und welcher Art seine Tätigkeit während des Krieges in Deutschland gewesen ist, verweigerte er die Aussage —

für ein unabhängiges Georgien werden.

gleichzeitig auch in wirtschaftliche Beziehungen zu deutschen Industriellen treten. In Deutschland sei oder nichts zu erreichen gewesen, da es wirtschaftlich selbst in äußerst gedrückter Lage war; die Sympathien für Georgien seien aber noch wie vor groß gewesen. Deutschland sei das einzige Land, erklärte der Angeklagte, das auch nach der Okkupation Georgiens durch die Sowjetregierung seine Selbständigkeit nach wie vor anerkannt habe, es existiere kein Schriftstück, das diese Anerkennung annulliere.

Der Vorsitzende macht den anwesenden Vertreter des Auswärtigen Amtes darauf aufmerksam, daß er beim Oberstaatsanwalt Einspruch erheben könne, sobald etwas zur Sprache kommen sollte, das im staatlichen Interesse zu unterbleiben hätte. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt bei dieser Gelegenheit, daß die Be-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Weiterführung städtischer Bauten.

Die Bauarbeiterschaft fordert Arbeit!

Die Organisationen der Berliner Bauarbeiter in Verbindung mit dem Bunde der technischen Angestellten und Beamten haben an den Oberpräsidenten und an die städtischen Körperschaften folgende Eingabe gerichtet:

Am Sonnabend, dem 4. Januar, hat der Magistrat der Reichshauptstadt beschlossen, in Befolgung des Erlasses des Herrn Oberpräsidenten die Weiterarbeit an einer Reihe städtischer Bauvorhaben mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Nach diesem Beschluß sollen die für den Rest des laufenden Jahres für Neubauten im Hochbau noch vorgesehenen Mittel von vorabher um 25 Proz. gekürzt werden. Hierdurch entsteht allein bis Ende März des laufenden Jahres ein Auftragsausfall von 20 Millionen Mark, d. h. ein Lohnausfall für die Arbeiter, schaft von mindestens 6 Millionen Mark. Weitere Kürzungen hat sich der Magistrat vorbehalten.

Die Beschäfte des Magistrats sollen in eine Zeit ohnehin stark rückgängiger Baukonjunktur.

Bereits am 6. Januar 1930 waren in Berlin, trotz der milden Witterung, 4692 Maurer, 3500 Zimmerer, 5819 Bauhilfsarbeiter, 1045 Dachbeder arbeitslos gemeldet. Das ist zusammen

ein gutes Drittel der gesamten Berliner Bauarbeiterschaft.

Wenn die Einstellung auf den städtischen Hochbaustellen tatsächlich in größerem Ausmaß durchgeführt wird, müssen weitere Tausende von Facharbeitern arbeitslos werden.

Rechnlich wie um die Bauarbeiterschaft, ist es um die technischen Angestellten bestellt. Die auch in diesem Berufszweige beträchtliche Arbeitslosigkeit wird durch die Maßnahmen des Magistrats insofern noch verstärkt, als auch die Vorbereitung kommender Bauvorhaben unterbleiben soll.

Die Maßnahmen des Magistrats werden

Im wesentlichen die Bauarbeiterschaft und die Angestellten treffen.

Die Unternehmerhaft dagegen wird auf Grund ihrer Verdienstaussfälle — wenn nicht auf dem Wege des Vergleiche, so auf dem Wege der Klage — erstattet bekommen.

Diese Lasten zwingt zu der Feststellung, daß es sich um eine Irreführung der Öffentlichkeit handelt, wenn der Beschluß des Magistrats als „Ersparnismaßnahme“ bezeichnet wird. In Wirklichkeit handelt es sich, ganz im Gegenteil, um eine Verteuerung

der bereits begonnenen Bauten. Eine weitere Verteuerung findet dadurch statt, daß außer den Entschädigungen an die Unternehmerhaft die Zinszahlungen für das bereits festgelegte Baukapital nutzlos weiter zu leisten sind. Schließlich bedürfen unvollendete Bauten besonderer Schutzmaßnahmen, die auch erhebliche Kosten verursachen; hierin liegt eine dritte Quelle der Verteuerung.

In Wahrung des wohlverstandenen Eigeninteresses der Reichshauptstadt Berlin und des Interesses der Bauarbeiterschaft und der Angestelltenhaft sehen sich die unterzeichneten Organisationen genötigt, gegen den durch den Schritt des Herrn Oberpräsidenten veranlaßten Beschluß der Verwaltung einzulegen.

Bund der technischen Angestellten, Ortsverwaltung Berlin, Quersiel.

Für die freigewerkschaftlichen Verbände des Baugewerbes: Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes, Drügemüller.

Eine Aufgabe für den Haag.

Änderung des Reichsbankstatuts.

Die Verhandlungen im Haag werden an den materiellen Lasten, die Deutschland in Zukunft zu tragen haben wird, Wesentliches nicht mehr ändern können. Aber eines könnten sie uns bringen: nämlich die Befreiung der deutschen Wirtschaft von der Diktatur des Reichsbankpräsidenten. Daß sich diese Diktatur mehr und mehr zum Verhängnis auswirkt, ist nicht nur im Inland allgemein fühlbar geworden, es wird auch im Ausland vielfach erkannt. Aber gerade das Ausland trägt Schuld an dieser Diktatur, denn es war der Dawes-Plan, der dem Reichsbankpräsidenten diese überragende Stellung verliehen hatte.

Wenn der Young-Plan nun das Reichsbankstatut nur insoweit ändert, daß die Ausländer ausschließen, der deutschen Regierung aber das Recht auf Abberufung des Reichsbankpräsidenten nicht zurückgegeben wird, dann bleibt der Reichsbankpräsident wie bisher ein mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteter Beauftragter des Finanzkapitals, und die deutsche Regierung wird zu immer neuen Kapitulationen vor ihm genötigt sein.

Die gegenwärtigen Verhandlungen im Haag bieten vielleicht die letzte Gelegenheit zur Beseitigung dieses unwürdigen und verfassungswidrigen Zustandes.

Die Formel gegen die Sanktionen.

Die Konferenz gesichert — sagt Paris.

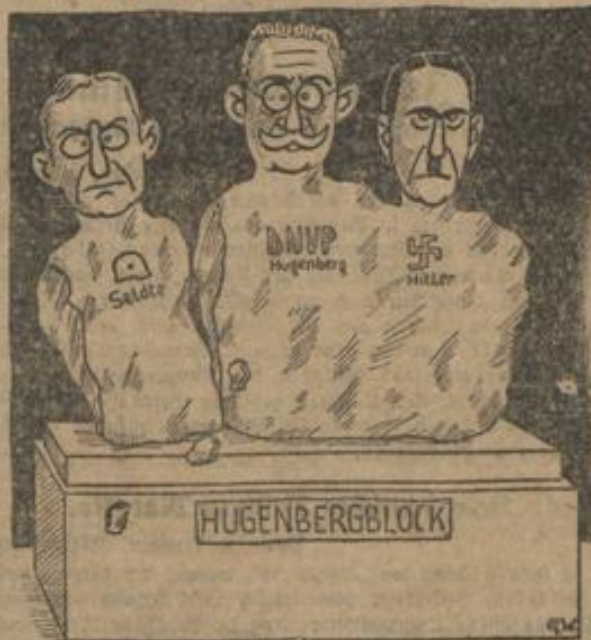
Haag, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Am Sonntag ist, wie in den letzten Tagen, in direkten Besprechungen zwischen einzelnen deutschen und französischen Ministern die Frage der Abschaffung des theoretischen Rechtes auf Sanktionen für den Fall einer böswilligen Nichtausführung der Reparationsverpflichtungen durch Deutschland erörtert worden. Dem Vernehmen nach haben diese Besprechungen einen erfolgversprechenden Verlauf genommen. Eine Entscheidung ist nicht vor 18 Stunden zu erwarten.

Paris, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Im Haag scheint nach der übereinstimmenden Darstellung der Pariser Presse zwischen Deutschland und den Gläubigern volle prinzipielle Einigung hergestellt worden zu sein. Der „Matin“ betont, eine Wiederbesetzung des Rheinlandes, eine Wiederaufrichtung der Reparationskommission oder die Annahme irgendwelcher Zwangsmaßnahmen seien keineswegs geplant. Es sei lediglich vorgesehen, die lastenfrei zu haltenden Reichseinnahmen aus gewissen Zöllen und Verbrauchssteuern sowie aus der Reichsbahn eventuell direkt zu erheben. Es sei in Aussicht genommen, als Sichert für die deutschen Zahlungen jeweils den 15. des Fälligkeitsmonats zu nehmen.

Der Hugenbergblock.



Er bröckelt weiter ab.

Das gefälschte Ruffengeld.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Hauptung des Angeklagten im letzten Punkt nicht stimmen könne, da ja Deutschland die Sowjetregierung anerkennt. Der Angeklagte fährt in seinen Ausführungen fort: Im Jahre 1922 wurde er dem Bolschewist Wajnsztein vorgestellt, um kurze Zeit ging er nach Konstantinopel und kehrte dann nach Deutschland zurück. Bei den nationalen Kreisen fand er sehr Verständnis. Er beschloß nun, unabhängig von irgendwelcher Partei, sein Ziel, ein selbständiges Georgien wiederherzustellen, zu verfolgen. Der Kampf mußte von nun an der bolschewistischen Regierung gelten. — Vorsitzender: Wie sind Sie auf den Plan gekommen, Fälschungen zu fälschen? Hatten Sie nicht etwa die Budapest-Fälschungen zum Muster genommen? Angeklagter: Im Kampfe gegen die Sowjetregierung brauchte ich Geldmittel. Aus der Geschichte wußte ich, daß Regierungen und Staaten schon öfters zu Geldfälschungen gegriffen haben.

Es lag mir daran, eine großangelegte Aktion gegen die Sowjetregierung ins Leben zu rufen. Das Geld war nicht nur für Georgien bestimmt.

Vorsitzender: Wieso Geld brauchten Sie? Angeklagter: Es mußte der neuen Regierung die Möglichkeit gegeben werden, sich sechs Monate lang zu halten, ohne die Steuerkräfte des Volkes in Anspruch zu nehmen. Vorsitzender: Wer gab Ihnen das Geld zu den Fälschungen. Angeklagter: Ich verweigerte darüber die Aussage. Vorsitzender: Hatten Sie eigenes Vermögen? Sie haben behauptet, in der Bant 50000 Dollar liegen zu haben. Angeklagter: Sehr habe ich nichts. Der Vorsitzende verliest aus der Anklageschrift die Ergebnisse, die der Drucklegung der Fälschungen vorausgegangen sind. Ein gewisser Heuß hat dem Angeklagten Karumidie unter falschem Namen die Bekanntschaft mit der Papierfabrik Bedent vermittelt. Bedent verlangte eine Bescheinigung. Es wurde ihm eine angeblich von der Türkisch-Perischen Bant ausgestellte Bescheinigung in französischer Sprache vorgelegt; sie war gefälscht. Der Vertrag, der auf 200000 Mark lautete, wurde abgeschlossen. Das Papier geliefert. Anfangs bestand die Absicht, Noten von 1, 5 und 10 Tschermwonzen zu drucken. Von den 5-Tschermwonzen-Noten wurde abgesehen, da die Sowjetregierung ihre Emission einschränken. Mißwech für diese Noten wurden jedoch bestellt. Sämtliche Teilmittelchen der Angeklagte aus Prag. In München wurden sie zu Fälschungen zusammengestellt. Die Numeriermaschine besorgte ein russischer Ingenieur, der an der Handelsvertretung angestellt war.

Der Vorsitzende wußt wissen, ob Dr. Weber darin eingeweiht war, daß die Tschermwonzen in Deutschland gedruckt werden sollten. Angeklagter: Die Tschermwonzen sollten außerhalb Deutschlands gedruckt werden. Hier sollten nur sämtliche technischen Vorbereitungen getroffen werden. Es mußten aber Probedrucke stattfinden. Als dann die ersten Noten fertig waren und sich nicht als genügend gut erwiesen, mußte weitergedruckt werden.

Die Scheine sollten so gut werden, daß auch die Sowjetbeamten nicht imstande sein sollten, sie als falsch zu erkennen.

Die Abnahme des Papiers fand durch Steinhell statt. (Er ist sehr flüchtig.) Da dieser aber sehr unvorsichtig war, sah man von seiner Beteiligung ab. Der Vorsitzende will wissen, ob Schneider (dem Drucker) bekannt gewesen sei, daß er falsche Noten drucke. Angeklagter: Ich möchte bezüglich sämtlicher deutschen Angeklagten sagen, daß ich es ganz besonders schwer empfinde, sie auf der Anklagebank sehen zu müssen. In materieller Hinsicht habe ich sie in keiner Weise für die Sache interessiert. Sie haben aus bloßer Sympathie für die georgische Sache gehandelt. Dr. Weber war bereits früher mit voller Aufopferung für Georgien tätig. Schneider ist von mir laut Druckerarif bezahlt worden. Hier kommt es zu einem

Zwischenfall.

der an eine ähnliche Situation im Deloff-Brenzsch erinnert. Der Verteidigung wird von verschiedenen Seiten die Mitteilung gemacht, daß der Dolmetscher äußerst mangelhaft übersege. Der Vorsitzende läßt eine Pause eintreten, damit ein zweiter Dolmetscher herbeigeschafft werden könne.

Der Verhandlung wohnt u. a. der frühere Berliner Botschafter der georgischen Regierung Dr. Schmitt bei.

Französischer Kreuzer gestrandet.

Die ganze Besatzung gerettet.

Paris, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Der französische Panzerkreuzer „Edgar Dainet“ ist am Sonnabend nachmittag infolge heftigen Nebels am Kap Blanc in der Nähe von Oran an der algerischen Küste gestrandet. Das Schiff hatte eine aus 900 Köpfen bestehende Mannschaft und 100 Marinegeschütze an Bord; sie konnten nach im Laufe der Nacht durch zwei Hilfsschiffe gerettet werden.

Lungenpest in Tunis.

Bisher 39 Tote.

Milano, 6. Januar.

Nach einem Bericht der „Stampa“, sind in Tunis der Lungenpest bisher 39 Personen zum Opfer gefallen. Die Behörden haben strenge Maßnahmen ergriffen zur Isolierung des Anstehendes. Im Lazarett von Rabat wurden über 300 Personen mit verdächtigen Krankheitsercheinungen isoliert. Die Schulen sind geschlossen worden. Die ersten Pestfälle, die sich unter tunesischen Arabern ereigneten, werden darauf zurückgeführt, daß sie mit Candoulen in Matmata in Süd-Tunesien verkehrt hatten, wo ein Einfall von Mäusen die Erde befruchtete hatte.

Autobusunglück bei Wittenberge.

12 Personen verletzt.

Wittenberge, 6. Januar.

Gestern nachmittag fuhr ein Wagen der Linie der Wittenberger Stadtnimbusgesellschaft, die den Verkehr zwischen Wittenberge und Welsen vermittelt, auf der Welsener Chaussee infolge Versagens der Steuerung gegen einen Baum. Nur durch die Geistesgegenwart des Fahrers, der am schwersten verletzt wurde, blieben die Insassen vor einem Sturz von der hohen Chausseeböschung bewahrt. Der Anprall gegen den Baum war so stark, daß zwölf Insassen des Wagens verletzt wurden. Mit Hilfe von Kraftwagen brachte man die Verunglückten sofort in das Wittenberger Krankenhaus. Die Verletzten haben hauptsächlich Schnittwunden, Hautabstürzungen, Arm- und Beinbrüche davongetragen.

Aktion gegen den Wirtschaftskrieg.

Briand und Henderson fahren nach Genf — Curtius Aufgabe.

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird Briand am Freitag die Haager Konferenz verlassen, um sich über Paris zur Genfer Ratstagung zu begeben. Der englische Außenminister Henderson wird bekanntlich mit dem Staatssekretär Dalton direkt von London nach Genf fahren. Ob Dr. Curtius den Haag Ende der Woche verlassen kann, steht noch dahin. Auf der Tagesordnung der Januarberatung steht jedenfalls die weltwirtschaftlich-ungewissen bedeutende Konferenz über den Zollwaffenstillstand, über deren Einberufung der Rat beschließen muß. Da Deutschland das Referat über Weltwirtschaftsfragen hat, liegt die Entscheidung hierüber vornehmlich in der Hand des deutschen Außenministers. Die Sachlage ist insofern kompliziert geworden, als bisher nur europäische Staaten sich zu dem Waffenstillstand, wenn auch vielfach mit Vorbehalten, bereit gefunden haben. So wird im Januar nicht über die Zollfriedenskonferenz im allgemeinen, sondern zugleich über die Entstehung einer besonderen europäischen Wirtschaftszusammenarbeit entschieden. Da Deutschland als größter mitteleuropäischer Staat am meisten von den kommenden Genfer Entscheidungen betroffen wird, liegt es auf der Hand, daß der deutsche Außenminister nur dann seine Reise nach Genf aufgeben kann, wenn die Haager Konferenz wider alles Erwarten eine trübenhafte Zuspitzung erfahren sollte.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, beabsichtigt Reichsaußenminister Curtius an der Tagung des Völkerbundesrates, die am 13. Januar in Genf beginnt, teilzunehmen, falls die Verhandlungen der Haager Konferenz seine Abwesenheit für einige Tage erlauben sollten. Er hat die Absicht, in Genf mit dem polnischen Außenminister Jaleski die verschiedenen auf deutscher Seite gewünschten Abänderungen und Verbesserungen des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zu behandeln. Die Abänderungsbestrebungen richten sich auf das Wiederaufrecht, nicht jedoch auf das bei der Haager Konferenz niedergelagerte Hauptabkommen. Der polnische Außenminister Jaleski hat der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß er zu Verhandlungen während der Genfer Ratstagung bereit sei.

Ultimo oder Monatsanfang?

Wann Deutschland zahlen soll.

V. Sch. Haag, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Am Montag vormittag fand eine große und wichtige Zusammenkunft der sechs einladenden Mächte statt, die bis Redaktionschluss noch andauert. Es sollen von den Experten noch nicht entschiedene Streitpunkte endgültig bereinigt werden. Der wichtigste dieser Punkte ist die Frage, an welchem Tage die Monatsraten bezahlt werden sollen. Diese Frage ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil bei den großen in Frage kommenden Summen

die Zinsen, die durch einen früheren Zahlungstermin Deutschland verloren gehen, alles in allem schließlich viele Millionen ausmachen.

Diese Frage war bereits am allerletzten Tage der Pariser Sachverständigenverhandlungen von französischer Seite aufgeworfen, aber infolge des deutschen Widerstandes nicht entschieden worden. Während der Haager August-Konferenz ist darüber ebenfalls nicht gesprochen worden. Erst neuerdings wurde dieser Punkt in den Pariser Komiteeverhandlungen wieder angeschnitten. Ein neuer Vorstoß wurde nun wieder unternommen: Anstatt der Pränumerando-Zahlungen, die sie zunächst gefordert hatten, regten die Franzosen nun den 15. eines jeden Monats als Zahlungstag an, aber auch dieses haben die Deutschen als eine neue zusätzliche Belastung, die durch nichts gerechtfertigt sei, entschieden abgelehnt. Indessen scheint es, daß den verantwortlichen französischen Delegierten bei der nicht gerade vornehmen Art ihrer Beamtenexperten, auf Umwegen neue Vorteile zu ergattern, selbst nicht wohl zu Mute ist, und es besteht Aussicht, daß sie diesen Vorstoß ihrer Sachverständigen nicht mit aller Energie unterstützen werden, so daß es schließlich bei den Postnumerando-Zahlungen bleiben wird.

Selbst Mussolini glaubt nicht an den nahen Krieg.

London, 6. Januar.

Mit den Ausfällen des Weltfriedens im Jahre 1930 befaßt sich der italienische Diktator Mussolini eingehend in einem Artikel der „Sunday Review“. Obwohl die Kriegsbudgets der verschiedenen großen Staaten recht beträchtlich seien und die Welt einer großen Rüstungskammer gleiche, glaubt Mussolini doch, daß die Friedensbewegung im Jahre 1930 weiter gestärkt würde. Man dürfe aber keinen allzu großen Optimismus zur Schau tragen, angesichts der zahlreichen Gefahrenquellen, besonders der unruhigen Lage auf dem Balkan und im fernen Osten.

Die Indier bleiben im Amt.

Massenboykott beschlossen — aber nicht durchgeführt.

London, 6. Januar.

Der Aufforderung des allindischen Kongresses an alle Mitglieder des Kongresses in Regierungsdiensten, ihre Kämmer in Ueber-einstimmung mit den Kongreßbeschlüssen niederzulegen, sind bisher nur wenige Mitglieder der Kongreßpartei nachgekommen. Den äußeren Anzeichen nach zu urteilen, scheint ein Massenaustritt von Indern aus der Zentral- und den Provinzialregierungen nicht zu erwarten zu sein. Inzwischen gehen die Bemühungen der einzelnen Gruppen der Kongreßparteien fort, für die auf dem allindischen Kongreß gefassten Beschlüsse Unterstützung im Lande zu suchen oder gegen sie Stellung zu nehmen und sie als undurchführbar hinzustellen.

Rein deutscher Besitz in Marokko.

Paris, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Zu der Meldung des „Vorwärts“, wonach der kürzlich zwischen dem deutschen Botschafter von Hoelsch und Briand unterzeichnete deutsch-französische Liquidationsvertrag die Rückgabe des ehemaligen deutschen Besitzes in Marokko vorsehe, erklärte das französische Auswärtige Amt, daß die Rückgabe der deutschen Güter an eine wichtige Bedingung geknüpft sei: die deutschen Inhaber müßten die Güter innerhalb einer Frist von sechs Monaten an „der Marokko-

Jaleski Ratsvorsitzender — sein Zollpessimismus.

Warschau, 6. Januar.

Aus der großen Rede, die der polnische Außenminister Jaleski am Sonnabend in seiner Privatwohnung vor Vertretern der Presse gehalten hat, verdienen seine Ausführungen zur Frage des Zollfriedens nachgetragen zu werden. Die Einberufung der großen internationalen Konferenz, auf der die Verpflichtung zur Nichterhöhung der bestehenden Zölle von den beteiligten Staaten auf mehrere Jahre übernommen werden soll, steht bekanntlich auf der Tagesordnung der Januarsession des Völkerbundesrates, die unter dem Vorsitz Jaleskis stattfinden wird. Als Neußerungen des neuen Ratspräsidenten müssen die Bemerkungen Jaleskis um so weniger ermutigend wirken. Innumunden erklärte der polnische Außenminister, daß die Frage eines Zollwaffenstillstandes „nicht mit Optimismus“ betrachtet werden könne und daß die geplante Konferenz mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde. Auf wirtschaftlichem Gebiet sei für die Arbeiten des Völkerbundes große Vorsicht geboten, da es hier gelte, die widerstreitenden Interessen in einer Weise auszugleichen, daß weder der Gewinn noch die Verluste nur einigen wenigen Staaten zufielen. Zur Begründung seiner Auffassung verwies Jaleski auf den ergebnislosen Ablauf der neuerlichen Völkerbundskonferenzen über Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und internationale Regelung des Fremdenrechts. Diese beiden vom polnischen Außenminister angeführten Beispiele geben um so mehr zu denken, als es bekanntlich gerade Polen gewesen ist, dessen Haltung in hohem Maße zum Scheitern der erwähnten Konferenzen beigetragen hat.

Frankreichs Polenfreundschaft mit Deutschland.

Warschau, 6. Januar. (Eigenbericht.)

In einer Pressekonferenz erklärte Außenminister Jaleski anlässlich der Haager Konferenz und der bevorstehenden Völkerbundratstagung, daß das wichtigste Friedensproblem für Polen die gleichzeitige Regelung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich und Polen sei. Eine deutsch-französische Annäherung erwecke in Polen keineswegs Befürchtungen, sondern liege vielmehr in der Linie der polnischen Politik, da hierdurch eine deutsch-polnische Annäherung erleichtert würde.

regierung genehme Persönlichkeiten“ weiter abtreten. Bleiben sie die Frist verstreichen, dann seien die Güter dem Staate zu.

Gegen diese Erklärung des Dual d'Orsay erheben die französischen reaktionären Blätter heftigsten Protest. Sie betonen, daß es den Deutschen, namentlich den Brüdern Mannesmann ein leichtes sei, innerhalb der genannten Frist Strohmänner zur Erhaltung ihrer Güter zu finden.

Die mißverstandenen Richter Bochums.

Eine offizielle Beruhigungsnotiz.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

An Stelle der vor einiger Zeit eingegangener Essener Zeitschrift „Das freie Wort“, deren journalistische Reichthum wiederholt den Gegenstand parlamentarischer Erörterungen bildeten, erscheint in Essen seit einiger Zeit eine neue Zeitschrift „Neue Front“, deren Tendenz nationalsozialistisch ist. Mehrere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete beschäftigen sich ausführlich in einer kleinen Anfrage mit dieser Zeitschrift, die, wie sie ausführten, insbesondere von der Inzeratenerpression lebe. Bevor Ständesgeschichten in der Zeitschrift erschienen, meldete sich bei der betreffenden Persönlichkeit ein Inzeratenaufkäufer und stellte gegen einen genügenden Inzeratenauftrag Richterscheinen des Artikels in Aussicht.

Ein solcher Aufkäufer sei vor einiger Zeit bei einem Inhaber einer Bochumer Firma erschienen und habe ihm erklärt, daß ein entlassener Angestellter der Firma Material über ihn geliefert habe. Der Redakteur der „Neuen Front“, Herr Wagner, Mitglied des Reichstags, sowie der Geschäftsführer Boch seien auf solches Material besonders scharf. Der betreffende Inhaber habe sich jedoch nicht einschüchtern lassen, sondern seinen Rechtsanwalt beauftragt, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung herbeizuführen, durch die der „Neuen Front“ die Veröffentlichung des Artikels untersagt werden sollte.

In der Anfrage wurde nun ausgeführt, daß der Anwalt die größten Schwierigkeiten gehabt habe, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu erreichen. Offenbar seien die Bochumer Richter durch die publizistischen Methoden der „Neuen Front“ so eingeschüchtert, daß sie jeden Vorwand suchten, um sich der Befähigung mit diesem Blatt zu entziehen. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es zu tun gedente, um die Bochumer Gerichte abzuwehren zu pflichtmäßigem Verhalten gegenüber der „Neuen Front“ zu veranlassen und ferner um pflichtmäßig handelnde Richter gegen die zu erwartenden Angriffe und Beleidigungen dieses Blattes zu schützen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, beantwortet der Preussische Justizminister die Anfrage folgendermaßen:

„Nach den angestellten Ermittlungen haben die Richter in Bochum es nicht abgelehnt, sich mit dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die „Neue Front“ zu befassen. Der Sachbearbeiter bei dem Landgericht war gerade mit einer Beweisaufnahme beschäftigt; der Vorsitzende der Zivilkammer, an den sich der Rechtsanwalt darauf wandte, wies, weil er eine Entscheidung der Kammer erst für den folgenden Tag in Aussicht stellen konnte, auf die für Eilfälle vorgesehene Zuständigkeit des Amtsgerichts hin. Auch bei dem Amtsgericht hielt der Dezernent zufällig Termine in dringenden Sachen ab. Er hat aber alsbald nach deren Beendigung die Prüfung und Bearbeitung des Antrages vorgenommen und noch am selben Tage entschieden. Die Annahme, daß die beteiligten Bochumer Richter sich der Befähigung mit dem Antrage gegen die „Neue Front“ zu entziehen gesucht hätten, dürfte darauf beruhen, daß der Rechtsanwalt Neußerungen der Richter mißverstande hat.“

Ein Anlaß zu einem Einschreiten gegen die mit der Sache befaßten Richter hat sich nicht ergeben. Auch ist bisher ein Bedürfnis zu besonderen Maßnahmen zum Schutze der Richter gegen Angriffe und Beleidigungen durch die Zeitung nicht hervorgetreten. Im Bedarfsfall würden die bestehenden Gesetze ausreichende Handhaben bieten.“

In der Anfrage waren Neußerungen der in Frage kommenden Richter im Wortlaut mitgeteilt, die sehr gravierend waren. Das ist nun alles das berühmte „Mißverständnis“. Es wäre zu wünschen, daß die Angelegenheit mit dieser offiziellen Beruhigungsnotiz nicht ihr Verenden hat, sondern daß wirklich volle Aufklärung geschaffen wird.

Ehrungen für Eduard Bernstein

Sein Heim ein Blumengarten. — Fackelzug am Vorabend.

Dem großen Vorkämpfer des Sozialismus Eduard Bernstein wurden heute aus Anlaß seines 80. Geburtstages reiche Beweise der Verehrung und der Freundschaft zuteil. Sein Heim in der Bozener Straße in Schöneberg verwandelte sich schon früh in einen Blumengarten. Der sozialdemokratische Parteivorstand, der Bezirksverband Berlin, Redaktion und Verlag des „Vorwärts“, die Reichstagsfraktion und zahllose befreundete Verbände ließen durch Abordnungen ihre Wünsche für den Jubilar ausdrücken. Von Fern und Nah ließen ununterbrochen telegraphische und briefliche Glückwünsche ein.

Im Berliner Rundfunk gedachte am Sonntag Reichstagspräsident Böbe des Tages in einer sehr empfundenen Rede, in der er Eduard Bernstein, dessen Freund und Schüler er sich nannte, als Wissenschaftler, als Politiker und vor allem als Kämpfer würdigte. Gerade Bernsteins ritterliche Art, die politische Klänge zu führen, empfahl er allen zur Nachahmung, die selbst im politischen Kampfe stehen. Von dieser Vornehmheit der Gesinnung sollten auch jene lernen, die den politischen Kampf als verrohend und charakterverderbend hinzustellen pflegen.

Reichsarbeitsminister Wissell beglückwünschte den Genossen Bernstein mit folgendem Schreiben:

„Verehrter, lieber Genosse Bernstein. Wenn ich auch hoffe, Ihnen heute abend persönlich die Hand drücken zu können, so möchte ich doch auch noch auf diesem Wege Ihnen sagen, daß ich Ihrer anlässlich Ihres 80. Geburtstages in aufrichtiger Verehrung gedenke. Ich will in diesen Zeilen, die so gar keinen offiziellen Anstrich haben sollen, nicht alle Ihre Verdienste um den Sozialismus und um die sozialdemokratische Partei hervorheben, aber es drängt mich, Ihnen auszusprechen, wie sehr das große Vorbild, das Sie gegeben haben. Ihr Idealismus, Ihre Güte und Menschenfreundlichkeit, Ihr Glaube an den endlichen Sieg der Idee, an die soziale Gerechtigkeit und an den Völkerrfrieden mich stets mit Bewunderung und Dankbarkeit erfüllt haben. Daß Ihnen noch manches Jahr ungetrübt geistiger Frische beschieden sein möge, das ist der Wunsch, den ich für Sie und für den Sozialismus hege.“

Am Sonntag abend brachte die Schöneberger Parteiorganisation in Verbindung mit der Arbeiterjugend und den „Roten Falken“ dem Jubilar einen Fackelzug. Am Bahnhof Ebersstraße sammelten sich die Parteifreunde und die Arbeiterjugend und -mädels, die roten Fahnen wehten dem Zuge voran, der durch das Bogenviertel nach der Bozener Straße zog. Dort erwarteten Tausende von Menschen die anmarschierenden Massen. Eduard Bernstein stand auf seinem Balkon, ihm zur Seite hatten sich Arbeiterjugend mit Fackeln aufgestellt. Große Begrüßungen aus der Menge wechselten mit Hochrufen auf den alten Führer. Vor dem Hause marschierten die Fackelträger auf. Reichstagsabgeordneter Wendt richtete herzliche Worte an das greise Geburtstagskind. Bewegt dankte Eduard Bernstein für die Ehrung. Durch die abenddunklen Straßen erklang der Kampfsong der Partei „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“

Die Abteilung Schöneberg IV der Sozialistischen Arbeiterjugend hat Eduard Bernstein schriftlich um die Genehmigung ersucht, in Zukunft den Namen Gruppe „Eduard Bernstein“ führen zu dürfen.

Hinweg mit der Blockade!

Sozialistischer Abrüstungsvorschlag im Haag.

Haag, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Die Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationalen hat anlässlich der Londoner Seeabrüstungskonferenz das Gesamtproblem der Abrüstung geprüft und eine Entschließung zur Vorlage an die Exekutive beschließen, in der es heißt:

„Die S.A.I. ist der Ansicht, daß die Londoner Konferenz nicht nur zu einer Befestigung des Vertrags zur See in jenen Kategorien führen muß, die von der Washingtoner Konferenz nicht erfüllt worden sind, sondern auch darüber hinaus

zu einer fühlbaren Herabsetzung unter das allgemeine Ausmaß der bestehenden Rüstungen.

Die Herabsetzung aller Kategorien innerhalb der Gesamttonnage ist in der Tat das einzige Mittel, um Rüstungszielsetzungen in gewissen Kategorien zu Lasten anderer zu verhindern.

Die S.A.I. erklärt, daß die Londoner Konferenz nur dann dauernden Wert für den Kampf gegen die Rüstungen zur See haben wird, wenn sie ihr Werk im Rahmen der allgemeinen Organisation des Friedens zu vollenden weiß, die in Genf verfolgt wird. Nur in diesem Rahmen kann das Problem der Freiheit der Meere eine zufriedenstellende Lösung finden. Die in London vertretenen Mächte müssen auf dieses

Recht der Sonderblockade verzichten, das ebenso als internationales Verbrechen zu erklären ist, wie daß der Völkerverbund und der Pariser Pakt hinsichtlich des Krieges tun.

Das offene Meer darf nur durch internationalen Vertrag und auf Grund eines Beschlusses des Völkerverbundes geschlossen werden, um einen friedensbrecherischen Staat den Frieden aufzuzwingen, einem Staat, der zum Angreifer wird, indem er jeden Versuch der friedlichen Beilegung eines Konfliktes ablehnt und zum Kriege schreitet.

Die Einschränkung der Rüstungen zur See darf jedoch auch nicht mit dem Hinweis auf den vorhandenen Zusammenhang zwischen den Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft aufgehalten werden. Die S.A.I. stellt fest, daß die britische Arbeiterregierung durch Lord Robert Cecil ihre Absicht kundgegeben hat, zur Frage der Herabsetzung der Rüstungen zu Lande und in der Luft umfassendere Vorschläge zu machen oder wieder aufzunehmen, als sie die konservative Regierung formuliert hat.

Die sozialistischen Arbeiter werden daher die Aktionen der britischen Arbeiterregierung kritisch unterstützen und darüber wachen, daß die anderen Regierungen in keiner Form einer Prestigepolitik und insbesondere nicht den Versuchen des faschistischen Italiens erliegen, die darauf hinauslaufen, die Londoner Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Die nächste Tagung der Abrüstungskommission wird unmittelbar vor der Märztagung der Exekutive der Internationale stattfinden.

Wetter für Berlin: Zeitweise neblig, sonst trocken und heiter, nachts leichter Frost, Tagestemperaturen über Null, schwache Ostwindbewegung. — Für Deutschland: Im größeren Teile des Reichs, abgesehen von örtlichen Nebelbildungen, ziemlich heiter und trocken, allgemeiner Nachtfrost, Tagestemperaturen jedoch über Null liegend.

Die Palucca und ihre Tanzgruppe.

Matinee der Volksbühne im Theater am Bülowplatz.

Die Palucca ist ein Wunder auf der Tanzbühne, heute wie am ersten Tag, da sie noch Gretl Palucca hieß und dem großen Publikum eine Unbekannte war. Als selbständige Tänzerin rief sie beim ersten Auftreten ihre Zuschauer hin; man jubelte ihr stürmisch zu. Ihr Name wurde ein Begriff. Es ist schwer, sich gegen die Anforderungen eines so glänzenden Anfangs zu behaupten. Die Palucca aber übertraf noch beinahe bei jeder ihrer Veranstaltungen alle Erwartungen, die man ihr entgegenbrachte. Ihre Technik war von Anfang an fertig. Der Reichtum ihrer Kunst ist unerforschlich. Selbst ihre alten Tänze werden nie Routine, sind immer wieder neu empfunden, neu wanciert. Die Palucca mit dem Scheinbar so klar durchsichtigen, primitiven Kindergesicht, erwacht erst im Tanz. Sie wird hundertfältig, immer wieder eine andere, in der Mimik, im Körperausdruck, im Tanzleben. Ein Ton, ein Rhythmus, eine Farbenstimmung scheinen sie zu entzünden. Sie kommt darin empor, ganz davon gepackt, ganz an das Kunstwerk hingegeben. Nach einem Tanz glaubt man die Palucca zu kennen — nach hundert Tänzen weiß man, daß man sie nie kennen wird. Denn die Palucca ist ohne Ehrgeiz, der sie einer bestimmten künstlerischen Richtung zutreiben müßte. Sie ist ohne Talent, das sie in einen bestimmten Tanzstil zwingen würde. Die Palucca ist ein Genie, und das Kunstwerk, der Tanz, ist ihr Leben.

In der Volksbühnenmatinee tanzte sie mit ihrer Gruppe. Bei aller Schönheit der Gruppentänze wird doch in ihnen die unüberbrückbare Kluft zwischen Tanzbegobungen und dem Tanzwunder einer Palucca deutlich. Die prachtvolle Erathheit, die vielfältige Ausdrucksmöglichkeit der Tanzgruppe empfindet man eigentlich nur, wenn die Palucca nicht darunter ist. Dann, wie etwa in der frühlichen Bewegung des „Spiels“, wie in dem Trio „Temperamentvoll“, wie in der Ausgelassenheit des „Intermezzo“, hat man eine reine Freude an dem Können der Gruppe. Und man spürt, weshalb eine gute Lehrerin die Palucca ist: trotz der glänzenden Präzision der Technik bei allen Darbietungen sind die Temperamente der Tänzerinnen frei von jeder Schablone geblieben, ja, ihre Verschiedenheit dient gerade dazu, dem Tanz echtes Leben einzubringen. Wenn man allerdings Frauen in Korsett das stereotipe Girlandeln abgemöhnen würde so wäre das bestimmt keine Bergemaltigung eines Temperaments, sondern nur

eine recht notwendige technische Korrektur. Die Kunst der Palucca ist im wesentlichen heiter, und es passen zu ihr gewiß nicht, Gesichter von fanatischer Ernsthaftigkeit. Aber es ist ein Unterschied zwischen einem Lächeln, das unbewußt aus dem Innersten herausstrahlt und einem Lächeln, das bewußt an das Publikum adressiert ist.

Wenn die Palucca bei den Gruppentänzen m'w'rt, so reißt sie, ohne es zu wollen, immer den Tanz an sich. Dabei fügt sie sich völlig anspruchslos ein, stellt oft genug eine Schülerin in den Vordergrund. Aber die unerhörte Stärke des künstlerischen Erlebens, die von ihr ausstrahlt, macht sie doch immer zum Mittelpunkt des Tanzes. Sie sollte deshalb in diesen gemeinsamen Tänzen auch immer von vornherein der Mittelpunkt sein. Nur dann kann die prachtvolle Geschlossenheit der tänzerischen Kompositionen voll zur Geltung kommen. Sehr stark wirkte das Duett „Allegretto“ mit Ehe Baros, die sich vollkommen der Palucca im gefühlwärtigen Miteinander ausmühten. Gerade in den Rhythmen der Spiegelbewegung führte die Weichheit und Klarheit des Mitempfindens zu einem wundervollen Einklang. Ein Duett mit der fertigen und selbständigen Palucca-Schülerin Lotte Goslar war der ausdrucksreichste der gemeinsamen Tänze. Lotte Goslar machte ihrer Meisterin Ehre. Nach den noch etwas zu sehr durchdringenden Anfangsgesten glitt sie völlig in den Tanz hinein, der in ewigen schneidenden Auseinandersetzungen das Suchen zweier Menschen nach einander variiert. In einer kleinen Handbewegung zitierte zärtlich verbende Kraft; unendliche Trauer der Einsamkeit sprach aus einem langsamen Sich-erheben.

Ein „Tango“ der Palucca war der Höhepunkt der Matinee. Der Körper der Tänzerin raste in wilder Leidenschaftlichkeit über die Bühne. Man zitterte vor der furchtbaren Spannung, von der die Palucca durch diesen Tanz geschleudert wurde. Die letzte, höchste Grenze des künstlerischen Ausdrucks, des künstlerischen Erlebens war hier erreicht. Es schien, als müsse sich die Tänzerin an diesem Wert auflösen. Das Haus raste Beifall; und schließlich erklangen irgendwelche Kavalertöne, die untergingen im Rhythmus der klärenden Hände, und die Palucca tanzte, noch im Rhythmus zum Tango, eine Zugabe, übermäßig spielerisch, voll dankbarer Heiterkeit. Sie ist ein Wunder. Trude E. Schulz.

Das Antlitz der Zeit.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Ein Photograph stellt sich die Aufgabe, den deutschen Menschen des 20. Jahrhunderts mit der Kamera festzuhalten; in zwei Jahrzehnten hat er ein umfassendes Material von allerlei Köpfen, aus allen Ständen, Altersklassen und Berufen zusammengedrückt. Aus dem ungeheuren Vorrat sind einstweilen 60 Tafeln ausgewählt und mit einer knappen und klug zupackenden Einleitung von Döblin veröffentlicht. Die meisten Aufnahmen sind charaktervoll und gelungen. Sander geht auf das Wesentliche des Menschen aus und gibt Abbilder der Gesellschaft in dem Sinn, wie sie etwa Pubowkin in seinen Filmen gibt: vom Leben getrocknet, ins Leben gewachsene Charaktere der Gegenwart. Es ist ein Genuß, den Band zu durchblättern.

Aber es besteht ein Bedenken gegen diese Art, das „Antlitz der Zeit“ darstellen zu wollen. Wir haben eine Hochflut von unübersehbaren, in jeder Hinsicht maßgeblichen Erzeugnissen der modernen Photographie. Wir können auch gar nicht genug Dokumente der Wirklichkeit bekommen — aber man muß verlangen, daß sie dokumentarisch bleiben und nicht den Ehrgeiz haben, Kunst oder Wissenschaft oder, wie in diesem Falle, Soziologie zu werden oder zu erheben. Das „Antlitz der Zeit“ kann niemals die Kamera geben.

Denn, es ist sehr einfach und einleuchtend, aber es muß immer mal wieder gesagt werden: die Kamera zeigt durchaus nur den Moment, und dazu den von Licht, Tageszeit, Stimmung und tausend Zufälligkeiten bedingten Moment beim Aufnehmen eines Menschen; sie ist in einem extremen Sinn subjektiv, und das gilt für den einzelnen, von dem jeden Tag zwanzig Aufnahmen gemacht werden müßten, um den Durchschnitt eines Jahres aus tausenden zu destillieren und damit vielleicht das Antlitz dieses einen Menschen photographisch festzustellen. Wie steht es nun mit dem Antlitz unserer 60 Millionen deutscher Zeitgenossen? Sander ist ein ausgezeichneter Photograph, er hat seine Beispiele gut ausgewählt, wie viel tausend Versuche mögen unter den Tisch gefallen sein? Aber sollen diese 60 Beispiele ein Querschnitt durch unsere Nation sein? Bauerngesichter vielleicht und einige Proletariertypen. Darüber hinaus ist alles nur Stichprobe aus Individualitäten willkürlicher Wahl. Tenor, Krückerhelfer, Revolutionsärger, Bager — solche Beispiele, die keinerlei soziale Maßgeblichkeit besitzen (im Photo erst recht nicht) und andere führen das Ausleseprinzip ad absurdum (während sie als Kuriositäten hinstehen!).

Wo liegt der Fehler? Am wenigsten beim Photographieren; er liegt da, wo ihn sogar die überragende Intelligenz von Döblin nicht gerettet hat, in der Verwechslung des Dokumentarischen der Photographie mit dem Darstellerischen der Kunst. Das Antlitz einer Zeit, und auch der unserigen, kann nur ein Künstler geben, der die notwendige Luste vorher trifft. Gerade Döblin, der Schöpfer des gewiß ebenso individualisierten wie typischen Proletariers Franz Biberkopf, der im gleichen Moment das Rodenserie eines Jahrhundertschnitts und die Kleinmoral bestimmter Situationen darzulegen vermag, sollte das wissen. Um beim Anschauen zu bleiben, muß man an die ganz andere Durchschlagskraft der Charakterisierung eines Porträtmotors denken. Die wahre Identität zwischen Modell und Porträt kann nur der große Künstler schaffen, und er gibt mit dieser Identität der vergänglichen Züge auch all das Unergründliche von Charakter, Beruf, Zeitgefühl, sozialem, geistigem, stillichem Milieu, das den Menschen erst zum Repräsentanten seines Geschlechts und seiner Zeit macht. Sein Scheitern ist, von Ort und Zeit zu abstrahieren, das heißt, über das Momentane hinweg, daß jedem Menschen in bestimmter Situation anhaftet, wenn ihn die Banalität des Alltags und der Kamera übertrifft, die Persönlichkeit als Ausdruck ihrer Epoche, ihrer Klasse, ihrer Gesellschaft zu erkennen und damit das wahre „Antlitz der Zeit“ zu schaffen.

*) August Sander: „Antlitz der Zeit“. 60 Photos deutscher Menschen. München, Transever-Verlag und Kurt-Wolff-Verlag, 1929.

Öffentliche Vorträge. Sonntag, 12. Jan., 10 Uhr: Kaiser-Friedrich-Museum, Dr. Schmidt über „Arbeitsmoralische Kunst“; Museum für Völkerkunde II, Dr. von Demm über „Die Germanen“. Erläuterungen 60 Pl. vor Beginn am Eingang. — Die Vorträge für den 13. Jan., 10 Uhr, und vom 17. Januar bis 21. Februar im Kaiser-Friedrich-Museum und vom 25. Februar bis 28. März in der öffentlichen Ausstellung im Neuen Museum statt. Teilnehmerkarten je 1 RM. vor Beginn am Eingang.

Nationalistische Stintbomben.

In der Lübecker Volksbühne wurden bei der Aufführung von Grede's Werk: „218. Gequälte Menschen“, von Nationalistischen Stintbomben geworfen. Da nur eine der Bomben losging, blieb der nationalistiche Gestank auf den ersten Rang beschränkt. Die Lümmel konnten leider nicht entfernt werden.

Urheberschutz für Inten erkaufen.

Die Leitung der Wiener Oper hat bei den zuständigen Stellen Schritte unternommen, um die Intenierung und die musikalische Einrichtung ihrer Aufführungen urheberrechtlich zu schützen. Damit wird eine Aktion eingeleitet, die aus den Kreisen der Regisseure seit langem verlangt wird, und deren Besprechung einer der Hauptpunkte des im nächsten Jahr in Wien stattfindenden internationalen Schauspielers-Kongresses sein wird. Die bestehenden Bestimmungen über den Schutz geistigen Eigentums, die durch die Entwicklung technischer Kunstleistungen längst als unzulänglich erwiesen sind, sollen nunmehr auch auf den urheberrechtlichen Schutz von Intenierungen erweitert werden. Die maßgeblichen Kreise bereiten dahingehende Vorschläge vor, um sie durch die Sachorganisationen der Regierungen ihrer Länder zu unterbreiten. Man hofft, daß durch die Schritte der Wiener Operndirektion sich die erste praktische Basis für den geplanten Gesetzesvorstoß ergeben und daß auf den nächstjährigen Schauspielerkongress eine internationale Regelung der Fragen des Urheberrechtsschutzes für Intenierungen gefunden wird.

Ein van Dyd gestohlen.

Ein bekannter Brüsseler Bilderhändler hatte zur Ausstellung nach London eines seiner wertvollsten Bilder von van Dyd geschickt, das einen Wert von fünf Millionen Franc darstellt. Als er nach einigen Tagen noch nicht von der Ankunft seines Bildes unterrichtet war, wandte er sich an die Expeditionskommission, die Erkundigungen einzog. Am Dienstag erhielt der Bilderhändler endlich von London die telegraphische Mitteilung, daß die Kiste wohl angekommen sei, daß sie aber unterwegs geöffnet und das Bild aus dem Rahmen geschnitten wurde. Die Photographie des Bildes wurde sofort an sämtliche belgischen und englischen Zeitungen gedruckt, um die Wiederherbeischaffung zu erleichtern. Bei dem Bild handelt es sich um eine Madonna mit Kind, umgeben von Engeln. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, ob das Bild sich bei der Zollrevision noch in seinem Rahmen befand oder erst nachher während des Transportes nach London gestohlen wurde.

Bergson über die Komik im Film.

In einer Neuauflage seines „Aire“ wird Henri Bergson ein Kapitel dazu benutzen, die Komik im Film zu analysieren, und sich dabei besonders mit Buster Keaton befassen, dessen Filme ihm den Gedanken gegeben haben, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. In der „Lit. Welt“, die die Mitteilung bringt, wird darauf hingewiesen, daß der amerikanische Schauspieler erst nach jahrelangem Arbeiten und Experimentieren berühmt geworden ist, und daß seine von Anfang bis zu Ende durchdachte Kunst, möge er nun Bergson gelesen haben oder nicht, in der Tat wie eine Anwendung von dessen Theorie des Lachens wirkt.

Historische Schriftstücke in Leningrad gefunden. Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, wurden in Leningrad in einem ehemaligen kaiserlichen Schloß wichtige historische Schriftstücke aufgefunden, darunter das Tagebuch Kaiser Nikolas I. sowie Briefe der letzten russischen Zarin und Wilhelm II. Die Schriftstücke werden in nächster Zeit vom russischen Staatsoberhaupt veröffentlicht werden.

Lebensentwürfen Cujo Brentanos. Bi- Professor Cujo Brentano in einem Dankschreiben, mit dem er die Glückwünsche seiner Vaterstadt Aichhaffenburg zu seinem 83. Geburtstag erwidert, mitteilt, arbeite er gegenwärtig an Aufzeichnungen über sein Leben.

Die Akademie der Künste verurteilt aus Anlaß des 67. Geburtstages ihres Mitgliedes Ernst Barlach eine Ausschleppung von Werken dieses Künstlers. Die Entscheidung wird am 8. Januar erfolgen.

Der Fall der Gesellschaft Deutscher Bühnen-Vergütigen findet am 11. bei Kroll zugunsten der Wohlhabenden der Bühnenangehörigen statt. Karten an den Theaterkassen bei Westheim, Hey, Rabene, Karst und im Ballhaus im Hause der Bühnengenossenschaft, Reichstr. 11. Zeitbedingungen und Künstlerarten nur im Sekretariat.

Der Bürgerblut von Chemnitz.

Demokraten im Bunde mit Hakentreuzlern. — Kommunisten als Schildhalter der Reaktion.

Im Chemnitzer Stadtparlament sitzen 31 Bürgerliche, 21 Sozialdemokraten und 9 Kommunisten. Bei der Vorsteherwahl stimmte der Bürgerblut geschlossen für den Demokraten Schlerland und schaltete die Sozialdemokratie entgegen allem parlamentarischen Brauch aus. Die sozialdemokratische Fraktion gab davorhin eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Die enge Wahlgemeinschaft zwischen Hakentreuzlern, Demokraten und übrigen kapitalistischen Fraktionen rückt auch den wahren Charakter der sog. Rationalsozialistischen Partei selbst vor unerfahrenen Wählern in das rechte Licht. Die Demokraten haben ihre Stimmen für die Vorsteherwahl den Parteien angeboten um den Preis eines Stadtratsmandats für einen jüdischen Unternehmer und Großindustriellen. Die sonst so antisemitischen Rationalsozialisten machen dieses Geschäft mit, um damit der verhassten Sozialdemokratie einen Dolchstoß zu verlegen und die Chemnitzer Arbeiterklasse eines sozial wichtigen Postens zu berauben. Damit ist vor der Chemnitzer Einwohnerschaft ganz offen und eindrucksvoll dokumentiert, daß letzten Endes nicht Judentum, sondern Klassenmäßig empfundener Arbeiterhaß die Triebfeder dieser kapitalistischen Partei ist, die sich zur Verführung urteilsloser Wähler bemüht wahrheitswidrig als „sozialistische Arbeiterpartei“ bezeichnet.“

Die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß schon bei der Bildung des Präsidiums die kapitalistische Mehrheit des neuen Kollegiums den brutalen Willen bekundet, ihre neuerworbene Macht hemmungslos anzuwenden gegen die Interessen der arbeitenden Einwohnerschaft, gegen das Wohl der Unbemittelten und Hilfsbedürftigen und gegen die politische Reinigung der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft.

Die sozialdemokratische Fraktion erhebt aber in dieser für die proletarischen Wähler der Stadt Chemnitz niederdrückenden und beschämenden Stunde gegen die kommunistische Partei von neuem den schweren Vorwurf, daß sie durch ihre arbeiterscheißerische Taktik und die unerantwortliche Ablehnung der Listenverbindung zur Stadtverordnetenwahl die Linksmehrheit im Chemnitzer Stadtparlament leichtfertig aufs Spiel gesetzt und praktisch die bürgerlich-kapitalistische Mehrheit verabschiedet hat.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt weiter mit Bedauern fest, daß die kommunistische Fraktion, die noch vor einem Jahre den sozialdemokratischen Stadtverordneten-Vorsteher wählte und vor wenigen Tagen die Wahl eines kommunistischen Stadtrates mit Hilfe der Sozialdemokraten ohne politische Bedenken hinnahm, heute plötzlich sich durch neue Tagesbefehle von Berlin auf Grund der Wendetaktik dazu kommandieren ließ, die Wahl eines Sozialdemokraten zum ersten Vorsteher als untragbar abzulehnen.

Erst durch dieses klassenverräterische Verhalten der Kommunisten, seit Wochen schon im „Kämpfer“ öffentlich angekündigt, ist der Chemnitzer kapitalistisch-sozialistische Reaktion der Mut geworden zu ihrem frechen Anschlag auf die Arbeiterklasse. Die politische Verantwortung für diesen traurigen Erfolg des Bürgerblutes gegen die Chemnitzer Arbeiterschaft fällt somit in ihrer ganzen Schwere auf die kommunistische Partei.“

Die beiden Demokraten, die sich mit den Hakentreuzlern verbündet hatten, sind Reichsbannerleute, der eine von ihnen, den man einst als glühenden Demokraten und flammenden Republikaner schätzte, zweiter Gauführer des Reichsbanners. Und nun: Arm in Arm mit den Hitler-Leuten!

Der Gau Chemnitz des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ hat davorhin beim Bundesvorstand in Magdeburg gegen den demokratischen Stadtverordneten Rochsied, der dem Gauverband angehört, ein Ausschlußverfahren beantragt, weil Rochsied in der konstituierenden Sitzung des Stadtparlaments für die Wahl des Nationalsozialisten als Schriftführer gestimmt hat.

„Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit.“

Die Probleme der Losowski und Werker.

Der Zentralrat der Roten Gewerkschaftsinternationale hat in seiner letzten Plenarsitzung nach den Referaten von Losowski und Werker über die Ergebnisse und Aussichten der Wirtschaftskämpfe einen Aufpruch der kommunistischen Quertreibereien als „Probleme der revolutionären Gewerkschaftsarbeit“ ausgegeben.

Die Moskauer betrachten:

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der gespannten Kämpfe gibt es keine reinen Wirtschaftskämpfe. Diese Lage stellt auf die Tagesordnung das Problem des politischen Massenkampfs.“

Die einzige Kraft, die den wirtschaftlichen und politischen Streit zu leiten vermag, ist, sind die Gewerkschaftsopposition und die revolutionären Verbände. Der reformistische Gewerkschaftsapparat scheitert ununterbrochen den Weg zum Faschismus. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist von einer heimlichen Sabotage der Streiks zu einer offenen Werbung von Streikbrechern und zur direkten Organisation polizeilicher Überfälle auf Streikende und ihre Streikleitungen übergegangen. Die Gewerkschaftsbürokratie führt ihre streikbrecherische Arbeit in trauriger Arbeitgemeinschaft mit den rechten Renegaten, wie den Walcher und Enderle, durch.“

Es ist allerdings ein Problem, die Dinge, die sich in der kommunistischen Presse so leicht auf den Kopf stellen lassen, in der Praxis auf den Kopf zu stellen.

Nicht die Gewerkschaften sind zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe berufen, sondern — nachdem sie von der ROK abberufen wurden — die kommunistische Opposition in den Gewerkschaften und die „revolutionären Verbände“, wie die von Niederstricker und Reyschläger.

Es mag in kommunistischem Sinne auch ein „Problem“ sein, durch Anzettelung wilder Streiks gegen die Gewerkschaften, deren Abwehr als Streikbruch auszuzeichnen. In Wirklichkeit ist es jedoch nur eine widerliche und niederträchtige Demagogie, die allzu durchsichtig ist, als daß sie von denkenden Arbeitern nicht durchschaut werden könnte. Die Überfälle der kommunistischen Stoßtruppen auf gewerkschaftlich organisierte, zu tariflichen Lohnbedingungen arbeitende Rohrlager sind noch in frischer Erinnerung, als daß sie ins Gegenteil umgewandelt werden könnten. Zu dem Versuch dazu gehört die ganze Unversöhnlichkeit eines Losowski und die Frucht der gelben Erziehung eines Werker.

Über die Bedeutung von Walcher und Enderle in der deutschen Gewerkschaftsbewegung spricht der ROK, von Werker nicht richtig informiert worden zu sein. Um seine eigene Wichtigmacherei zu betonen, gebraucht Werker den problematisch konstruierten Triumph über die beiden gewerkschaftlichen und erfahrenen „Ausgeschlossenen“.

Ein weiteres Problem besteht darin, die heute noch als Sozialfaschisten beschimpften Gewerkschaftler direkt als Faschisten zu beschimpfen. Die Auffassung, daß zwischen dem Faschismus und dem

Verständigung im Haag.



Unser Bild zeigt die deutsche und die französische Delegation im Haag nach einer friedlichen Aussprache. Von links nach rechts: Staatssekretär Schubert (hinten), Reichsminister Dr. Wirth, Wirtschaftsminister Robert Schmidt, Ministerpräsident Cardie u. Finanzminister Chéron (Gesicht teilweise verdeckt), Außenminister Curlius, Finanzminister Dr. Moldenhauer, Außenminister Briand, Staatssekretär Pünder, Prof. Mesnard.

Umschwung in Polen.

Eine Folge vielverlästelter „Einnischung“.

Warschau, 6. Januar. (Eigener Bericht.)

Der polnische Sozialistenführer Dr. Hermann Diamand schreibt im „Robotnik“ gegen das Geschrei von „Einnischung“, das die Burschenschaftspressen erhoben hat, als Europa seine Meinung über die Behandlung des Sejm äußerte:

Die antiparlamentarische Politik der polnischen Regierung, auf eine Wiederwahl im Sejm gestützt, hat die Aufmerksamkeit des Auslandes auf Polen gerichtet. Das übrige Europa verstand die Gefahr, die dem polnischen Parlamentarismus drohte und brach das höfliche Schweigen. Alle europäischen Länder — mit Ausnahme derjenigen, die von der Diktatur terrorisiert werden —, und gerade diejenigen mit höherer Kultur, besitzen demokratische Verfassungen und verfolgen als höchstes Ziel die Erhaltung des Friedens. Die Nachbarschaft Russlands kann innerpolitische Unruhen in Polen zu internationalen Konflikten werden lassen, deren Ausdehnung nicht abzusehen ist.

Polen nimmt in Europa eine Ausnahmestellung ein. Die traditionelle Liebe der Polen zur Freiheit kommt in den Vorstellungen der zivilisierten Welt zum Ausdruck: Amerika hat den Polen, die für Amerikas Freiheit gekämpft haben, Denkmäler errichtet, in der internationalen Literatur lebt noch die Erinnerung an die Kämpfe gegen die Unterdrücker, ein freies Polen war die gemeinsame Sache aller Revolutionäre ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Ein freies Polen, das seinen Bürgern Rechte gewährt und Rechte garantiert, war die Idee, die das gesamte demokratische Europa verflocht. So kam es zu den „Einnisungen“ fremder Länder in Polens innere Angelegenheiten, und eine solche Einnischung war es auch, als auf der internationalen Konferenz in Stockholm 1917 der spätere sozialistische Ministerpräsident Braning die Forderungen Polens vertret und erklärte: „Europa baut Polen auf!“ Jetzt aber sind es nicht mehr innerpolitische Vorgänge, die das übrige Europa zu einer Stellungnahme gegenüber Polen veranlassen, sondern

Dinge, die auf die Weltpolitik Einfluß nehmen, Dinge, die zur allgemeinen Sorge werden und das höfliche Schweigen mit Rücksicht auf die Allgemeinheit unterbrechen müssen.

Im übrigen sind auch die Kreuzzüge, ist auch das Unternehmen Napoleons I. eine Einnischung in fremde innerpolitische Angelegenheiten gewesen; aber während es damals die Regierungen waren, sind es heute die Völker selbst, die intervenieren, wodurch gleichzeitig jeder Verdacht einer egoistischen Beeinflussung fortfällt. Auch der Charakter der Interventionen ist ein anderer geworden; sie geschehen heute auf geistigem Gebiet und ihr Hilfsmittel ist die Literatur. Dabei sind es gerade diejenigen Länder, die eine Inter-

ventionspolitik betreiben, die sie in ihrem eigenen Lande auf das schärfste bekämpfen.

Mussolini hat erst kürzlich in Warschau die Maßregelung eines polnischen Senators verlangt, der es gewagt hatte, den italienischen Diktator in einem Artikel zu kritisieren, und in Berlin forderte er die Streichung einzelner Sätze in dem Drama Angermeyers. Der polnische Gesandte Knoll verlangte in Berlin die — Bestrafung des „Vorwärts“.

Und hinter den Kulissen? Ich weiß nicht, welcher fremde Diplomat nach dem Eindringen der Offiziere in den Sejm das Außenministerium in Warschau besuchte —, aber mir ist aus besserer Quelle bekannt, daß eines Tages der englische Gesandte in Wien dem Bundeskanzler aussprach und daß einige Stunden danach ein Komunique mittelste, daß der Verfassungsstreit auf dem Rechtswege beigelegt werden würde.

In Polen ist keinerlei Kommunique erschienen, aber es kann festgestellt werden, daß seit der Veröffentlichung des Schreibens der Labour Party und des französischen Abg. Loquin an den Sejm der Sejmarschall eine Änderung in den politischen Methoden der Nachhaber eingetreten ist. Obwohl nichts vorhergesagt werden kann, besteht die Hoffnung, daß die demokratischen Grundzüge in Polen zur Geltung gelangen werden. Die bisherige Uebermacht der Wiederbelebter über die Mehrheit beruht nicht auf der Ueberlegenheit des Intellekts, sondern darauf, daß die Wiederbelebter sich Elemente gesammelt hat, denen im politischen Leben keine unmittelbare Teilnahme gebührt. Es hat, dank der Intervention des demokratischen Auslandes, die Hoffnung Berechtigung erhalten, daß die Rechtsmäßigkeit in das öffentliche Leben Polens wiederkehren, das Recht des Volkes über die Willkür einzelner triumphieren wird.

Partei gegen Beamtenbummel.

Warschau, 6. Januar. (Ost-Expres.)

Eine gute Presse hat sich der neue Ministerpräsident Bartel durch seinen ersten Erlaß an sämtliche Ministerien verschafft, worin er scharf den Disziplinmangel im Beamtenkörper rügt. Der Erlaß stellt fest, daß Beamte sich oft während der Dienststunden in Restaurants und Cafés aufhalten. Wiederholt hätten Beamte, die öffentliche Lokale, namentlich nachts, besuchten, den Grundsatz verletzt, der von einem Beamten die Wahrung des Ansehens seines Standes auch außerhalb des Dienstes verlangt. Die strenge Ermahnung Bartels veranlaßt die Blätter, daran zu erinnern, daß in letzter Zeit häufig durch den Nachbummel von Staatsbeamten Kergernis erregt worden sei.

Sozialfaschismus eine tiefe und breite Klüft bestände „oder sogar, daß der Sozialfaschismus gegen den Faschismus kämpfe.“ ist nach Losowski „reinsten Opportunismus“.

„Lassen wir die „Revolutionäre“ ihre durch und durch unmoralischen Probleme wüster wälzen. Wir müssen jedoch jederzeit bereit sein, den Herrschenden gehörig auf die Finger zu klopfen, sobald sie dazu übergehen, allerlei Unfug zu machen und den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen.“

Schnorrerbrieife an deutsche Industrielle

Der ungekrönte Opereisen-Hetman der Ukraine.

Die Vorbeeren des Jaren aller Reichen Agrill lassen den Hetman der gesamten Ukraine am linken und rechten Ufer des Dnjepr und Haupt der Kosaken“ J. von Boltaweg-Ditraniza nicht schlafen.

Die Moskows Pariser Blatt erzählt, hat er seine Residenz in der Nähe von Paris ausgeschlagen eine Hetman-Kanzlei errichtet, „Minister“ und Sekretäre ernannt. Er verleiht Orden, Generalwürden, Fürstentitel und schließt Staatsverträge über die Ausdehnung von Eisenbahnen als zukünftiger Herrscher des ukrainischen Staates. Natürlich läßt er sich für all das bezahlen, denn er braucht Geld. Und weil er Geld braucht, ist ihm jedes Mittel recht. Sogar seine Konkurrenten, die Oberhäupter der „ukrainischen Volksrepublik“

Petljura und Lemihli im polnischen Golde, weshalb sollte nicht auch er, das Oberhaupt der ukrainischen Kosakenrepublik, mächtige Götter mit goldgefülltem Säckel suchen.

So beschloß die Regierung der „ukrainischen Kosakenrepublik“ in ihrer Sitzung vom 14. Juni 1929, im Namen des Präsidiums der ukrainischen Staatsverbände in Frankreich, des Präsidiums des Verbandes der Ukrainer, der ausländischen Legion und des obersten Kommandos des ukrainischen Kosakentums, die Annäherung der Ukraine an Deutschland. Sie beschloß ferner, an die Leiter der deutschen nationalen Organisationen das Ersuchen zu richten, sie in ihrem Kampfe um die Selbstständigkeit der Ukraine durch Geldzuwendungen zu unterstützen, sie zu bilden, auch bei in Frage kommenden vermögenden Persönlichkeiten Schritte zu unternehmen — alles natürlich „im Interesse des deutschen Volkes!“

Das Ersuchen hatte leider wenig Erfolg. In der Staatsitzung wurden einige Wochen später die Antworten auf die Schreiben verlesen, die an 34 deutsche Persönlichkeiten gerichtet waren. Nur ein gewisser von Kurkel (?) in München hatte eine Kleinigkeit gespendet.

Die Antwort Briands an die Operettenregierung der Ukraine ist leider nicht bekannt geworden.

Reclamverlag, 24. Die Redaktion: Wilhelm Scherer, Berlin; Kassel: H. G. G. G. Berlin; Berlin: Hermann Berlin G. m. b. H. Berlin; Frankfurt: Hermann Scherzer und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin 53 55. Kind-Kraße 1. Seite 1. Collog.

Strafentlassene berichten...

Aus Briefen ehemaliger Strafgefangener

Trotz aller Reformversprechungen und -bestrebungen will man eins noch immer nicht verstehen; der neue Strafollzug wird ohne Gefängnisfürsorger nie Wirklichkeit werden. Zahlen Hamburg und insbesondere Thüringen bereits seit langem mehrere Fürsorger, so besitzt Preußen bis heute nur einen einzigen — in der Jugendstrafanstalt Wittlich. Und auch dieser einzige Fürsorger wird nicht vom Staat, sondern von einer privaten Stiftung besoldet. Fürsorgerinspektor Blum, vom Direktor Weiße in jeder Weise unterstützt, hatte durch seine Tätigkeit den schlafenden Beweis erbracht, wie unbedingt notwendig eine derartige Fürsorge ist, soll der Anstaltsaufenthalt überhaupt nachträgliche erzieherische Wirkung ausüben.

Die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge der Strafanstalt Wittlich begann im Jahre 1913. Fürsorgerinspektor Blum machte damals seine erste Dienstreise; er besuchte seine Schützlinge. Seit 1925 wiederholt er die Reisen in vermonatlichen Abständen. Seine Fürsorgeorganisation steht bereits gefestigt da. Er verfügt an verschiedenen Orten über eine Anzahl von Vertrauensleuten, die die Entlassenen betreuen. Fürsorgerstellen, Arbeitsnachweise und Pfarrämter kommen ihm in jeder Hinsicht entgegen.

Der Entlassene und der Fürsorger

Die Fürsorgearbeit nach der Entlassung bildet nur die Fortsetzung der Fürsorgearbeit im Gefängnis. Es gilt, die jungen Leute in günstigem Milieu unterzubringen; umso mehr, als nur 50 Proz. mit guten Aussichten die Anstalt verlassen und es unter den Entlassenen viele ehemalige Fürsorgezöglinge gibt. Trotzdem machen die Rückfälle nur etwa 10 bis 15 Proz. aus. Ihren stärksten und schönsten Ausdruck erhält die Fürsorgetätigkeit der Anstalt in den vielen Laufenden von Briefen der jungen Menschen an ihren Fürsorgerinspektor. Sie wenden sich an ihn in allen ihren Nöten — selbst nach vielen Jahren. Sie sprechen zu ihm, wie zu ihrem guten Freunde. Sind die Briefe voll aufrichtiger Freundschaft für den Fürsorgerinspektor, so enthalten sie auch immer wieder freundliche Grüße für den Direktor und die übrigen Anstaltsbeamten, wie Lehrer, Meister usw.

So schreibt z. B. einer: „Vergah ich Sie in der Zeit? Rahr als zehn angefangene Briefe, hundert, hundert Gedanken, die in dieser Zeit Ihnen gehörten, sagen Ihnen, daß ich Ihnen gedachte. In einem zweiten Briefe desselben Schreibers heißt es: „Ihr restloses Versehen meiner Empfindungen und meines Lebens hat Sie mir im Laufe der Zeit so nahe gebracht, wie nie einen anderen Menschen. Gewiß spielt dabei auch die Dankbarkeit eine Rolle, die ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir, dem Gefangenen, schenken.“

Ein anderer Strafkolonne schreibt: „Es betremdet mich sehr, daß ich von Ihnen jetzt mit Sie angeredet werde. Warum? Bin ich in Ihrer Gasse gesunken...? Unter erstes Reisegeld (er meint sich und seine Braut) wird Wittlich sein...“

Ein dritter Briefschreiber bedankt sich für die vermittelte Arbeit und sagt: „Ich weiß, daß ich mich an meisten dankbar zeige, indem ich meiner Mutter ein guter Sohn bleibe, was ich auch stets halten werde.“

Diese Briefe lassen sich beliebig vermehren. Es spricht aus ihnen immer die gleiche starke Bindung zum Fürsorger. Sie allein ist der feste Grund, auf dem die Fürsorgetätigkeit aufgebaut werden kann.

Es gibt auch junge Menschen, die dem Fürsorger im Gefängnis mit unüberwindlicher Mißtrauen gegenüberstehen; erst dessen Sorge um sie, nach ihrer Entlassung, macht aus dem Sanktulus einen Paulus. So schreibt zum Beispiel einer: „So lange ich noch im Gefängnis war, konnte ich mir nie so recht klar über den Wert des Fürsorgers werden. Nachdem ich aber Ihre Wohltaten nun schon seit Wochen in einem so großen Maße geniesse, ist es mir so recht zum Bewußtsein gekommen, daß durch Ihre Person und durch Ihre Tätigkeit unheimlich viel Muttertränen getrocknet werden... Noch kein Mensch auf der Erde hat mich zu so viel Dank verpflichtet...“

Der Schrei nach Arbeit

Der größte Teil der Briefe dreht sich selbstverständlich um die Arbeit. Hier müssen der Fürsorger und der Entlassene im gleichen Maße Geduld aufbringen. Immer wieder stoßen die Entlassenen auf Mißtrauen; sie wechseln in einem fort die Arbeitsstellen, zerstören durch irgendeine Unethik die mühevoll erzielte Arbeitsvermittlungsaufbautätigkeit des Fürsorgers und sind nicht selten gezwungen, Wochen hindurch von einem Ort zum anderen zu laufen, bis sie Arbeit finden. „Ich werde von einem Tag auf den anderen vertrieben“, berichtet ein Bergarbeiter, „und jeden Tag so viel herumgeschickt, daß die Schuhe, die Sie mir gaben, schon längst kaputt sind... Ach, lieber Herr Fürsorgerinspektor, Sie glauben gar nicht, wie toll ich diese Lauferei und die Bertröstelungen habe, ich möchte am liebsten mich von der Welt schaffen. Was ich Ihnen versprochen habe, das habe ich lieber will ich verhängen...“ In einem weiteren Briefe desselben jungen Menschen — es ist bereits der vierte — heißt es: „Ich habe das Nummernheft jetzt wirklich satt. Ich sehe schon, ein bestraffter Mensch wird überall verstoßen... Aber ich bitte Sie nochmals inständig, besorgen Sie mir doch Arbeit...“ Endlich hat er Arbeit bekommen: „Ach, wie glücklich haben Sie mich und meine Mutter gemacht, jetzt habe ich wieder Spaß am Leben, wenn ich auch jeden Tag zwölf Stunden arbeiten muß, so sehe ich doch das Leben mit frohen Augen an.“

Ein anderer Strafkolonne schreibt in Abständen von zwei bis drei Tagen hintereinander neun Briefe. Da heißt es im zweiten Briefe: „Die Herren suchen nur immer mit den Achseln und sagen, wir können Ihnen auch nicht helfen... Hätte ich nur gewußt, daß es so schlecht hier ist, dann hätte ich lieber auf meine Strausausweisung verzichtet... Ich kann meiner Mutter und meiner Schwester nicht länger zur Last fallen.“ In einem dritten Briefe: „Wenn ich noch lange so herumlaufen muß und dann eines Tages nichts mehr an Leibe habe, dann komme ich doch schließlich wieder auf unglückliche Gedanken...“ Im achten Briefe: „Nun gehe ich aber auf kein Wohlfahrtsamt und nirgendwo mehr hin, es ist traurig, daß für einen, der wohl im Gefängnis war, sich aber doch bessern will und immer

ehrlich bleiben will, keine Arbeit da ist.“ Und schließlich frohlockend im neunten Brief: „Der Herr B hat mich selbst auf sein Bureau bestellt, das tut er sonst bei keinem Arbeiter. Er sagt, er hätte niemand gebraucht, aber er wolle mir helfen, und ich sollte mich bei Ihnen bedanken.“

Neue Tüde

Hat aber ein solcher Strafkolonne mit Hilfe des Fürsorgers endlich Arbeit gefunden, so sind dann noch lange nicht alle Hindernisse überwunden. Immer wieder stellen sich neue ein.

„Meine Verzweiflung ist groß“, schreibt einer aus einer großen süddeutschen Stadt. „Ich kann Ihnen kaum noch schreiben. Man weiß nämlich bei uns im Geschäft, daß ich im Gefängnis war, wenn auch nicht wo, und wie lange. Der Betriebsrat hat sich bei der Polizei erkundigt, wo ich gewohnt hätte und da hat er erfahren, daß ich in der Strafanstalt war. Wie mir ist, kann ich gar nicht schreiben...“

Wie häufig sind doch die Fälle, in denen der Entlassene wieder brotlos wird, weil seine Kollegen mit einem „Gefängnisbruder“ nicht arbeiten wollen!

Immer wieder bitten die Entlassenen um Bezeichnungen über Absolvierung eines Teils der Lehrlingszeit — ohne Angabe — daß es im Gefängnis gewesen ist. Selbst Einundzwanzigjährige scheuen nicht davor zurück, noch die Gesellenprüfung anzustreben.

Ein Fürsorgezögling schreibt: „Trotz aller Bemühungen noch keine Arbeit und kämpfe jetzt bald mit der Verzweiflung, denn Mühsiggang ist aller Vorkurs... Wenn ich auch Fürsorgezögling war, so möchte ich doch nicht auf den Weg zurückkommen, den ich gegangen bin.“

Ein anderer: „Es ist schwer, zu beschreiben, wie es einem

Menschen ist, der drei Jahre dem Verkehr entzogen war und nun plötzlich unter die Menschen gestellt wird... Wo ich meinen Entlassungsschein vorzeigen mußte, hatte ich nur Verachtung und Mißtrauen zum Erfolg...“

Nach vielen Jahren...

Aus Trier, aus Duisburg, aus Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M., Bonn, Worms — von überall her kommen die Bitten, den Schreibern Stellung zu besorgen, und von überall her kommen auch die Dankschreiben für besorgte Arbeit, Mitteilungen über Beförderungen, Wohlergehen usw. Gerat aber irgendeiner von den früheren Zöglingen in Not, durch unglückliche Verteilung der Umstände oder durch Leichtsinns, so ist es wieder der Fürsorger, an den sie sich vertrauensvoll wenden — ja selbst nach vielen Jahren. Da ist zum Beispiel einer, schon im Jahre 1921 entlassen; sechs Jahre später wendet er sich wieder an den Fürsorger.

Rag kein, daß die Arbeitsmethoden der Jugendstrafanstalt Wittlich nicht in allen Einzelheiten auch anderswo anwendbar sind; natürlich ist die Gefangenenfürsorge machtlos ohne stoff ausgebauter Entlassenenfürsorge der städtischen Wohlfahrtsämter. Eine so starke Bindung aber wie sie zwischen Fürsorger und Gefangenen in der Strafanstalt selbst entsteht, wird in der Freiheit zwischen dem Entlassenen und dem ihn Betreuenden nur in den seltensten Fällen möglich sein. Für viele der straffällig gewordenen ist aber die persönliche einmalige Bindung an den Gefängnisfürsorger die wichtigste Voraussetzung ihrer Resozialisierung. Das verstanden zu haben, ist das Verdienst der Gefängnis- und Entlassenenfürsorge der Strafanstalt Wittlich und der wenigen anderen deutschen Strafanstalten, die den gleichen Weg beschritten haben. Leo Rosenthal.

Dr. Werner Peiser: 30 Jahre BGB.

Am 1. Januar 1930 waren 30 Jahre seit dem Tage verstrichen, an dem das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft trat, nachdem es bereits vier Jahre vorher seine endgültige Gestalt erhalten hatte. In jahrelangen Beratungen, die unter Hinzuziehung der ersten Juristen Deutschlands von den damals maßgebenden parlamentarischen Körperschaften, dem Reichstag und dem Bundesrat, gepflogen wurden, war ein Gesetz zustande gekommen, das als einheitliches Ganzes für die Dauer bestimmt zu sein schien. Durch die Einführung des BGB. wurde eine ungeheure Rechtszerplitterung, die zu unerträglichen Spannungen geführt hatte, das Ende bereitet, und so sehr die älteren Juristen, die nun alle plötzlich umlernen mußten, stöhnten, und so wenig sie sich anfangs in die neuen Verhältnisse zu schicken mußten — die Tatsache, daß das deutsche Zivilrecht hier zum ersten Male seine Kodifikation, seine gesetzliche Zusammenfassung fand, wurde allgemein begrüßt. Das Jahr 1871 hatte die politische Einigung Deutschlands gebracht, und wenigstens auf dem Gebiet des Strafrechts war das Reichsstrafgesetzbuch, dessen Geburtsjahr gleichfalls 1871 ist, auf dem Fuß gefolgt. Acht Jahre später, im Jahre 1879, folgte die Zusammenfassung von Strafprozeß und Zivilprozeß in eigenen Ordnungen sowie ein neues Gerichtsverfassungsgesetz; bis zur Zusammenfassung des bürgerlichen Rechts aber vergingen nochmals 21 Jahre. Man kann sich heute nur schwer vorstellen, von welcher umwälzenden Bedeutung das Gesetzwerk war.

Der alte Grundsatze „Recht ist Recht“ war zum ersten Male verwickelt.

Wenn wir heute das BGB. mit seinen 2885 Paragraphen und seinem Einführungsgesetz von 218 Artikeln betrachten, so müßten wir feststellen, daß die Zeit in das Antlitz dieses Gesetzwertes mindestens ebenso tiefe Spuren eingegraben hat, wie dreißig Jahre sie in den Zügen eines Menschen hinterlassen. Die beginnende Entwicklung zum hochkapitalistischen System prägte 1871 den Gesetzen keinen Stempel auf. Gewiß war der Eigentumsbegriff, wie ihn das Römische Recht geschaffen, wie er durch die „Rezeption“, durch die Annahme des Römischen Rechts in Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert neu eingeführt war, wenigstens in seiner starren Form überwunden; aber der Geist der Pandekten, des Justinianischen Gesetzbuches war durch jahrhundertelange Tradition in Deutschland noch allzu lebendig, als daß er gerade auf dem Gebiet des Zivilrechts hätte verdrängt werden können. Und wie das zur Zeit in Kraft befindliche Strafgesetzbuch gewisse Berge gegen das Eigentum frenger abhandelt als Körperverletzungen, so wurden dem Eigentumsbegriff im bürgerlichen Recht besonders umfassende Bestimmungen gewidmet. So mußte mit Rotwendigkeit das neue Gesetzbuch eines der Instrumente werden, mit denen sich die herrschende Klasse, die den Sieg über Frankreich als ihr Werk anfang und verherrlichte, zum Schutz ihrer privatwirtschaftlichen Interessen umgab.

Dieser Geist finden wir in nahezu allen Bestimmungen des BGB. wieder. Man wies voller Stolz auf die Tatsache hin, daß etwa in seinem zweiten Buch, dem Recht der Schuldverhältnisse, die gleichen Vorschriften für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Bestimmungen über den Dienstvertrag niedergelegt waren. Bei oberflächlicher Betrachtung schien die Vorschrift des § 626, nach der das Dienstverhältnis von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden kann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, ein gewaltiger sozialer Fortschritt zu sein. Man überließ hierbei nur — oder wollte übersehen —, daß der Arbeitnehmer von diesem Schicksal schon auf dem Papier verbürgten Recht nur in der Theorie Gebrauch machen konnte; denn was half ihm die verbriefte Fugabe auf sofortige Arbeitsniederlegung bei irgendwelchen Mißbräuchen seitens des Arbeitgebers, wenn er in dem gleichen Augenblick, in dem er von dieser Verfügung Gebrauch machte, sich der Ernährungslosigkeit und damit dem Verhungern ausgesetzt sah!

Es mußte erst die Revolution von 1918 kommen

und mit ihr das Betriebsrätegesetz vom Januar 1920, es mußte ferner das Reichsgesetz über die Arbeitslosenversicherung

geschaffen werden, um die Ausführung dieses Paragraphen dem Arbeitnehmer wenigstens in einem gewissen Umfang zu ermöglichen. Die Gesetzgebung über das Arbeitsrecht endlich bedeutete letzten Endes nichts anderes als eine Untermerkung der brüchig gewordenen Vorschriften des BGB. über den Dienstvertrag.

Und hier sind wir an einem Punkt angelangt, bei dem wir uns einen Augenblick aufhalten müssen. Gerade in den letzten Jahren ist eine Fülle von Gesetzen geschaffen worden, die dem Zweck dient, das bürgerliche Recht zu modernisieren und zu reformieren, es den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen anzupassen. Die Weiterentwicklung und Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft verlangte so stürmisch eine Anpassung des Gesetzes, daß der Gesetzgeber sich diesen kategorischen Forderungen der Wirtschaft einfach nicht entziehen konnte, wenn er nicht ein Chaos im Ablauf des täglichen Lebens befürchten mußte.

Wie einfach erschien noch das Mietwesen zur Zeit der Einführung des BGB., und wie kompliziert wurde die Sachlage durch die alle bisherigen Verhältnisse revolutionisierenden Vorgänge während des Krieges und vor allem nach dem Kriege und während der Inflation. Auch hier war der wirtschaftliche Zwang stärker als die rechtlichen Gegebenheiten. Man kam mit den alten Bestimmungen nicht mehr aus, und es wurden zahlreiche neue Gesetze geschaffen, von denen hier nur das Wohnungsmangelgesetz, das Mieterkündigungsgesetz, die Bestimmung über die Einrichtung von Wohnung- und Mietvereinigungen genannt seien, die in ihrer Gesamtheit ein richtiges neues Wohnrecht bilden und die Vorschriften des BGB. nur noch gewissermaßen als Grundlage bestehen lassen.

Überhaupt kann man sagen, daß die zahlreichen ergänzenden und abändernden Vorschriften, die man in ihrer Gesamtheit als „Novellengesetzgebung“ bezeichnet, die Tendenz haben,

ausgleichendes Recht an Stelle des bisherigen „gleichen“ Rechtes

zu schaffen, wie es viele Jahre vor dem Kriege schon der österreichische Soziologe Selety gefordert hatte. Schon damals war dieser Gelehrte zu der Erkenntnis gekommen, daß alle schönen Sätze über Gleichberechtigung Redensarten bleiben müssen, solange wenige wirtschaftlich Schwachen gegenüberstehen.

Die veränderten Zeiten haben mit gesteigerter Vehemenz in den letzten Jahren an Vorschriften des Gesetzbuches gerüttelt, die kurz zuvor noch als sein ehrsamer Bestand gegolten hatten. Erinnert sei nur an die Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes, die den gerade auf diesem Gebiet erheblich abgewandelten gesellschaftlichen Auffassungen der Gegenwart anzupassen war, sowie an die Kämpfe um eine Reform der Ehescheidung. Bekanntlich gilt für eine Scheidung der Ehe ausschließlich — mit der einzigen Ausnahme der unheilbaren Geisteskrankheit — das sogenannte „Verschuldensprinzip“, d. h. es muß, um eine Ehe lösen zu können auf einer Seite ein Verschulden wie Ehebruch, Lebensnachstellung, böswillige Verlassung, pflicht- und sittenwidriges Verhalten vorliegen, während andere Gesichtspunkte, wie etwa die bis zum Jahre 1900 in Geltung befindliche „unüberwindliche Abneigung“, als ehrentrennend nicht mehr anerkannt werden. Wie erinnerlich, stand vor einiger Zeit die Frage der erleichterten Ehescheidung auf der Tagesordnung des Reichsausschusses des Reichstages, und es waren die sozialdemokratischen Vertreter, die sich mit besonderer Leidenschaftlichkeit für eine Abänderung der bestehenden starren Vorschriften einsetzten. Die Vertreter des Zentrums verstanden es noch einmal, diese Frage, die für große Massen des deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung ist unter Hinweis auf ihre weltanschauliche Gebundenheit zur Vertagung zu bringen. Aber es ist kein Zweifel, daß auf die Dauer die Reform nicht aufzuhalten sein wird.

Auch die Zukunft wird umgestaltet, was sich im Lauf der ökonomischen Entwicklung als abänderungsreif erweisen wird. Dem dreißigjährigen Jubiläum geben wir als Wunsch für seine Zukunft die Hoffnung auf den Weg, daß er sich organisch dem demokratischen und sozialen Prozeß einfügen möge, in dessen Mitte wir in der Gegenwart stehen.

Die Entgleisungen

von Leonhard Frank

(4. Fortsetzung.)

60. Bild:

Auf der Fähre

... in der Mitte des Wassers zurückfährt. Auf ihr läßt sich der Zuhälter übersehen, die Rechte hängt über Bord und gleitet durch das Wasser. Er macht ein unecht gleichgültiges Gesicht, betrachtet die nasse Hand, die er aus dem Wasser zieht, reibt daran, weil doch noch Blut daran ist. Ein vorsichtiger Blick fällt auf den Fährmann. Dann läßt er die Hand wieder überhängen und durch das Wasser gleiten.

61. Bild:

Das Zimmer der Nordkommission im Polizeipräsidium.

Die Meldung des Nordes in der Rauchstraße 36 erfolgt. Der Polizeiparappat spielt. Die Beamten brechen auf.

62. Bild:

Vor dem Polizeipräsidium.

Das Auto mit der Nordkommission fährt aus dem Präsidium weg.

63. Bild:

Randstelle der Fähre.

Der Zuhälter steigt aus der Fähre aus. Andere Personen, Arbeiter, warten und steigen jetzt in die Fähre ein, die wieder vom Ufer abfährt. Der Zuhälter steht allein. Seine Hand greift in die Tasche. Er betrachtet die gerauchten Schmuckstücke. Er sieht hinüber, wo der Stall, in dem Marie haut, zu sehen ist. Ein Zug der Entschlossenheit kommt in das Gesicht des Zuhälters: Jetzt wird Marie ihm nicht widerstehen können. Er steckt den Schmuck wieder ein und geht in der Richtung des Stalles.

64. Bild:

Vor dem Stall.

Der Zuhälter schleicht um den Stall herum

65. Bild:

Im Stall.

Marie und Höfer in genau derselben Stellung, wie wir sie verlassen haben. Marie schläft, mit dem Rücken zu Höfer, der apathisch am Pfosten steht, schlaflos. In den Lürzrahmen tritt der Zuhälter. Er sieht zuerst im Halbdunkel den am Pfosten hockenden Höfer. Dieses häusliche Unglück beachtet er gar nicht. Nun entdeckt er Marie im Stroh. Er geht auf sie zu, die wie ein feinnerbiges Tier, das im Schlaf gestört wird, blöchtig in Stille emporsieht. Als sie den Zuhälter erkennt, sagt sie unwirlich:

„Hol dich der Teufel!“

dreht sich weg und legt sich wieder mit dem Rücken zu ihm und Höfer hin. Der Zuhälter geht um sie herum, so daß er jetzt ihr Gesicht sieht. Lächelt sich vor ihm im Stroh auf die Knie nieder, küßt einseitig auf Marie ein, die nicht reagiert. Da rüttelt er sie. Sie schlägt das Gesicht auf, blickt ihn drohend an. Er greift in die Tasche, zeigt ihr die Schmuckstücke in einer Art und Weise, als sagte er: daß alles ihr gehöre, wenn sie ihm zu willigen sei. Auf Marie macht das nicht den geringsten Eindruck. Sie will ihre Knie haben, vor allem von ihm nichts wissen. Der Mann ist wie vor den Kopf geschlagen. Da nicht einmal der Schmuck seine Wirkung erzielt, hat er schlagartig umsonst jemand umgebracht. Ihn packt plötzlich eine bestimmungslose Wut: Er will sein Ziel erreichen. Er stürzt über Marie her: Ein phantastisches Ringen im Stroh, bei dem nicht Schläge für Marie, sondern die Vergewaltigung Marias das Ziel ist. Sie beißt ihn in die Hand. Er brüllt vor Schmerz auf. Kämpft weiter mit ihr, und da er körperlich doch der Stärkere ist, kann er, halb über ihr liegend, sein Ziel fast erreichen. Trotzdem ist sie mit äußerster Kraft wehrhaft.

Höfer hat zwischen durch den Kopf gehoben, od und biß hingestarrt und, ohne sich zu rühren, den Kopf wieder sinken lassen. Jetzt aber geschieht folgendes:

Höfer erhebt sich ganz langsam, greift ganz langsam nach dem nächsten Gegenstand in seiner Nähe, nach eine Haube mit langem Saum. Hebt sie ganz langsam hoch auf und läßt sie, während sein Kopf zwischen den hoch erhobenen Armen trauflos hin und her schwanzt — ohne eine Spur von Interesse und Aktivität im Gesicht — auf die Schulter des Mörders niederfallen. Er tut das ganze so, als ob ein ihm ganz unbekannter, fremder Wille in ihm tätig wäre. Der Mörder fällt zur Seite. Sein Gesicht ist schmerzverzerrt. Marie erhebt sich.

Höfer hat die Haube fallenlassen, steht schlief da: Er ist sich offenbar gar nicht bewußt, was er getan hat.

Marie steht an der Wand, mit den Händen auf dem Rücken und blickt. Seiten und Augenbrauen zusammengezogen, aus schmalen Augenpaß voller Widerwillen und unterdrücktem Zorn auf den Mörder, der sich schmerzverzerrt aufrichtet und wortlos, wie ein geschlagener Hund, aus dem Stall hinauswinkt.

Marie lehnt noch an der Wand. Ihr Gesicht entspannt sich. Sie betrachtet Höfer. Keineswegs etwas dankbar für die Rettung oder erhaunt, sondern schon wieder ihrer großen Gleichgültigkeit verfallen. In dieser Gemütsverfassung legt sie sich wieder zum Schlaf nieder ins Stroh.

Barauf auch Höfer sich wieder hinlegt, zuerst mit dem Rücken gegen den Pfosten gelehnt. Dann aber, als wäre durch seine Tat doch ein Funke Leben in ihm entstanden, macht er eine Wendung mit dem Oberkörper erdwärts und legt sich ebenfalls hin. Jetzt liegen beide so, daß Marie den Rücken Höfers sieht. Marie hat die Augen offen. Eine Spur des Interesses kommt in ihr Gesicht nur eine Spur. Sie erhebt sich, breitet den Kartoffelsack über Höfer, der es gar nicht merkt, und legt sich wieder nieder. (Sie tut das nicht etwa aus Dankbarkeit oder aus einem unmittelbaren Gefühl der Mitleid, sondern eben nur deshalb, weil es doch natürlicher und praktischer ist, daß der Kartoffelsack seine Verwendung findet.)

66. Bild:

Ankleidezimmer der Baronin.

Die Nordkommission ist in Tätigkeit. Die Jose wird eben vernommen. Ein Verzeichnis der fehlenden Schmuckstücke wird nach Aussage der Jose angelegt.

67. Bild:

Vor dem „Platzwirt“.

Es ist heller Tag. Der Zuhälter geht auf die Kniepe zu. Andere fröhliche Gestalten gehen hinein.

68. Bild:

Im Stall.

Zwischen vier Backsteinen auf dem Boden brennt ein kleines Holzfeuer. Marie kniet davor. Auf zwei Hühnern liegt der Fisch, durch den der Länge nach ein dünner Stab gezogen ist. So brät Marie den Fisch. Höfer hockt am Pfosten. Marie kommt mit dem Fisch und der alten Konservendbüchse, die dampft, zu ihm, läßt sich nieder, bricht den gebratenen Fisch in zwei Hälften, reicht eine Hälfte Höfer, der sie automatisch nimmt. Sie trinkt einige Schlucke aus der Konservendbüchse, reicht sie Höfer. (Noch ist das Spiel von ihr so, daß keinerlei Empfindung der Fürsorglichkeit oder gar Liebe zu merken ist: für sie ist Höfer noch immer der zufällig anwesende Genosse des Glucks, dem sie etwas zu essen gibt, weil er gerade da ist.)

Während Höfer die Konservendbüchse zum Mund führt und zu trinken beginnt, bricht Marie ein Stück von dem Fisch ab und ist gleichgültigen Gesichts, ohne Höfer zu beachten. Da fällt ihr Blick auf einen großen Brillantring im Stroh, den der Mörder während des Ringens verloren hat. Ohne zu erstaunen, hebt sie ihn auf, betrachtet ihn kaum, schiebt ihn auf den Finger und ist weiter.

abblenden.

69. Bild:

Im „Platzwirt“.

abblenden:

Das Lokal ist, wie immer in den Morgenstunden, nicht ganz besetzt. So wird Kaffee getrunken. Unter den Anwesenden ist der Mörder. Auch der Baron ist noch da. Marie kommt, gefolgt von dem apathischen Höfer. Der Baron, zu dem sich Neuangekommene gesetzt haben und ihren Kaffee schlürfen, sagt, das stereotypische Thema dieser Nacht erzählend:

„Es war meine Stiefmutter. Ist das nicht gemein?“

Er redet weiter:

„Da sage ich zu ihr: Ich habe doch kein Geld.“

In die Tür des Lokals tritt der Kriminalkommissar, der die Nordkommission gefolgt hat, mit einer Anzahl Beamten, die entriegelten Revolver in Brusthöhe: Hände hoch! Alle Anwesenden heben die Hände hoch. Das gleichgültige Gesicht Marias zwischen den erhobenen Händen.

Das erstaunte und verdatterte Gesicht des Barons. Das verschlossene und verdächtige Gesicht des Mörders.

Höfer hat die Hände nicht hochgehoben. Ihm ist das unbekannt. Der Kommissar brüllt ihn an und verlangt müde und drohend, daß Höfer die Hände hochhebt. Jetzt hebt auch Höfer langsam die Hände, ohne zu wissen, warum er das tun soll.

Einige Individuen werden sofort visitiert.

Unter ihnen auch der Mörder, bei dem der Schmuck gefunden wird. Er wird gefesselt. Die Abführung des Mörders macht weiter keinen Eindruck. Die Anwesenden sehen dem Mörder und der abziehenden Beamten nur ein paar Sekunden nach. Man merkt, sie reden noch etwas durüber.

Marie hebt den Kopf, sieht den abziehenden Kriminalbeamten nur eine halbe Sekunde lang nachdenklich nach, sieht kurz den Ring an ihrer Hand an, dann nochmals auf die Kriminalbeamten: sie hat den Zusammenhang begriffen. Sie zuckt kaum bemerkbar mit der Schulter und trinkt ihren Kaffee.

abblenden.

(Fortsetzung folgt.)

WAS DER TAG BRINGT.

Die höchste Hängebrücke der Welt.

Zurzeit ist man bei Canon City im nordamerikanischen Bundesstaat Colorado mit dem Bau einer Hängebrücke beschäftigt, die den Abgrund der „Royal Gorge“ überspannt und als das höchste Bauwerk dieser Art zu gelten hat, wenn man die Höhe von der Talsohle der Schlucht bis zur Brücke mißt. Diese Höhe beträgt 320,3 Meter und wird damit die doppelte Höhe ihrer südfranzösischen Rivale erreichen, die bisher den Höherford der Hängebrücken bleibt. Die höchste Stützweite dieser neuen Grand-Canon-Brücke wird 268,4 Meter, ihre Gesamtlänge 344,3 Meter betragen. Von ihrer über sechs Meter breiten Fahrbahn eröffnet sich die Aussicht auf die Wasser des in weiter Ferne und gähnender Tiefe rauschenden Arkansas River und auf die Schienengleise einer der westlichen Eisenbahnlinien. Auf jeder Seite der Schlucht erhebt sich ein 52,5 Meter hoher Stahlurm.

Chausseen als Wegweiser für Flugzeuge.

Das amerikanische Handelsministerium hat in einem Erlaß Richtlinien für die Wegezeichen an den Chausseen herausgegeben. Danach müssen künftighin die Zeichen bis 1 Meter hoch sein und in Abständen von je 20 Kilometern aufgestellt werden. Die Chausseen sollen künftighin nicht nur dem Verkehr auf der Landstraße dienen, sondern auch Wegezeichen für die Luftfahrzeuge sein. Der Neuordnung liegt die Forderung der Luftfahrtabteilung zugrunde, daß die Chausseen auch in der Luft deutlich erkennbar sein müssen.

Ein Baby wiegt 600 Gramm.

Als das winzigste Kind, das jemals von normalgroßen Eltern gezeugt wurde, gilt ein ungarisches Baby Ranci B., das die Aufmerksamkeit der Weltweilt fesselte. Als Ranci, das Töchterchen eines jüdischen Schmiedes, in einem Budapest Sänglingsheim das Licht der Welt erblickte, stellte man fest, daß dieser sonst wohl ausgebildete Blispusfängling nur 600 Gramm wog. Dieses Gewicht verringerte sich in den ersten Lebensjahren noch bis auf 550 Gramm, aber die Kleine wurde durch Blutübertragung von ihrer Mutter und ihrem Vater am Leben erhalten. Im Alter von drei Wochen betrug Rancis Größe 12 1/2 Zoll. Aber dann entwickelte sich die winzige Dame sehr befriedigend und ist heute der

Stolz des Säuglingsheims, in dem sie geboren wurde; freilich ist ihre Größe noch weit von der normalen entfernt, und sie ist ein kleines Wunder, das nach einer Reduzierung des „Pester Naplo“ in der nächsten Sitzung des Budapest Kergerevereins vorgeführt werden soll.

Eine Millionenstadt — auf dem Papier.

Einer der bekanntesten New-Yorker Architekten hat der Regierung in Washington einen bis ins Kleinste ausgearbeiteten Entwurf des vollständigen Neubaus einer Millionenstadt vorgelegt, der Fabriken, Anlagen und Wohnhäuser für eine Million Menschen bezugsfertig errichtet vorstellt. Die Stadt soll im Pittsburger Industriegebiet, das bekanntlich noch ungeheure unerschlossene Kohenschätze aufweist, „aufgestellt“ werden. Die Baukosten betragen mehrere Milliarden Dollar, doch bezeugen die großen Industriekonzerne an dem Projekt großes Interesse, so daß das Zustandekommen dieses gigantischen Projekts nicht ausgeschlossen ist.

Edison nicht der Erfinder der Glühlampe.

In diesen Tagen ließ der elektrotechnische Verein Hannover am Geburtshaus des Erfinders der Glühlampe eine Gedenktafel und eine Glühlampe, die immer leuchten soll, anbringen; denn nicht der deshalb viel gefeierte Thomas Edison ist der Erfinder dieses Beleuchtungsgegenstandes, sondern der in Springe bei Hannover geborene Deutsche Heinrich Goebel. Bereits fünfundsiebzig Jahre früher wie Edison führt Goebel den New-Yorkern seine Erfindung vor. Sein Urheberrecht mußte daher sogar von einem Amerikaner gerichtlich anerkannt werden. Leider hat er aber den Wert seiner Erfindung verkannt; denn die beiden Glühlampen, die er an einen Wagen montiert hatte, mit dem er abends durch die New-Yorker Straßen fuhr, dienten ihm nicht zu Beleuchtungs-, sondern zu Reklams- und Werbezwecken. Den Betriebsstoff für die Lampen nahm Goebel aus mehreren Elementen, die er selbst zusammengestellt hatte; denn die Dynamomaschine Werner von Siemens war damals noch nicht erfunden.

Ein künstlicher Kehlkopf.

Der Mechaniker Hermann Schulenburg aus Milwaukee, dem vor einiger Zeit der Kehlkopf entfernt werden mußte, hat sich einen neuen Kehlkopf gebaut, mit dem er jetzt völlig normal sprechen kann. Für Experimente, bei denen ihm ein Arzt sowie ein Ingenieur assistierten, hat Schulenburg zwar seine ganze Ersparnisse in Höhe von 10.000 Dollar ausgegeben, erhielt aber, als er den wissenschaftlichen Kapazitäten New Yorks den künstlichen Kehlkopf vorführte, die zehnfache Summe ausbezahlt.

Debut des tschechoslowakischen Henkers.

Im nächsten Jahr sollte die Tschechoslowakei das fünfzigjährige Jubiläum der Richtvollstreckung der Todesstrafe feiern. Nun wird aber daraus nichts. Vor wenigen Tagen wurde der Mörder Wagner von dem neuen Henker der Tschechoslowakei Braumaiski hingerichtet. Die Presse verbreitete sich ausführlich über dies Debut des Schlichters. Man las da, welche Kleidung er trug, man ersuchte ihn um Interviews, schickte in allen Einzelheiten den letzten Augenblick des Mörders, sein Verhalten in der Zelle und auf dem Schafott. Schade um das verpielte Jubiläum.

Prüfung in Readcliff.

Wie überall in der Welt, machte es auch in Readcliff den Jungen Spaß, aus fremden Gärten Früchte zu stehlen. Die Erziehungs-methoden aber, die der Richter gegen diese Jungenstreiche wählte, werden zum Glück nicht überall in der Welt angewandt. Dieser Mann aus dem vorigen Jahrhundert erklärte sich bereit, den Uebel-tätigen die Strafe zu erlassen, falls die Eltern sie in Gegenwart eines staatlichen Vertreters züchtigen wollten. Die Eltern, froh, daß sie so wohlfeil wegkommen, erklärten sich dazu bereit. „Um 3 Uhr“, sagte der Richter, „müssen Sie mit den Auser an Ort und Stelle sein. Das Gericht verfügt nicht über das erforderliche Strafwerk-zeug.“ Bei der Züchtigung waren Gerichtsschreiber und zwei Genölkonzerne anwesend. Die Eltern züchtigten. Ein moderner Pädagoge, dieser Richter.



Montag, 6. Januar.
Barlin.

- 16.05 Dr. Gustav Abb: Die Staatshilfethke Unter des Linden.
 - 16.30 I. Philipp Jarnack: Sonatine für Flöte und Klavier. (Erich Schröder, Flöte und Julius Bürger, Klavier.) — 2. Hans Schröder: Kantate für Sopran, Flöte und Viola nach Gedichten von Hans Much (U.ausführung).
 - (Margot Hinnenberg Leßbre, Sopran; Erich Schröder, Flöte, und Hans Mahke, Viola.) — 3. Max Regger: Lieder. (Margot Hinnenberg Leßbre) — 4. Max Regger: Suite für Viola allein G-Moll, op. 131d, Nr. 1. (Hans Mahke, Am Flügel: Julius Bürger.)
 - 17.30 Jugendstunde (Die Erzählung): Otto Ernst Hesse. (Sprecher: Der Astor.)
 - 18.00 Filmregisseur P. A. Dupont: Die Welt hinter der Kamera.
 - 18.30 Prof. D. Dr. Martin Dibelius, Heideberg: Die ökonomische Bewegung der Gegenwart.
 - 19.00 Unterhaltungsmusik.
 - 20.00 Unterhaltungsmusik.
 - 20.30 Von Leipzig: Sinfoniekonzert. Dir.: Sándor.
 - 21.30 Funk-Tanz-Unterricht für Fortgeschrittene.
 - Anschließend bis 0.30: Tanzmusik.
- Königsweusterhausen.
- 16.00 Englisch.
 - 17.30 Prof. Dr. E. Steinhard Prag: Andreas Mammerschmidt.
 - 18.00 Georg Forster: Ethische Strömungen der Gegenwart.
 - 18.30 Englisch für Anfänger.
 - 18.55 Oberförster v. d. Rothe: Die Anzucht und der Verkauf des Holzes.
 - 19.30 Langen: Neuzestliches Stedlungswesen.
 - 20.00 Graf Hermann Keyserlingk: Gegenwartsfragen. „Ost und West.“
 - 20.40 Unterhaltungsmusik.
 - 21.00 Ans „Die tote Tante und andere Begebenheiten“, Einaktstüchlein von Curt Goetz. Regie: Oerd Frick.

Menschenelend vorm Richter.

Ein Beitrag zum Kapitel „soziale Rechtspflege“.

Nichts ist für den Richter so gefährlich wie Routine; deshalb tut ihm nichts notwendiger als Kritik. Denn jeder Fall ist einmalig — einmalig wie der Schmerz, das Leid, die Pein. Die Lebens- und Berufsbedingungen der Paragrafen kann nur menschlich-verständnisvolle Auslegung und Anwendung der Gesetze mildern. Daher die Pflicht des Berichterstatters, die „Impponderablen“ der Gerichtsverhandlung in sich aufzunehmen und sie in ihrer Wirkung auf den angeklagten Menschen abzuwägen. Und nichts freut ihn mehr, als wenn er durch wirklich einführende Rechtspflege bei der Gerichtsverhandlung verlassen kann.

Hunger und „schwerer“ Diebstahl.

Ein junger Arbeiter, Vollwaise, wird an einem Sonntagabend krank geschrieben. Am Mittwoch der nächsten Woche kann er erst sein erstes Krankengeld abheben — 9 M. Am Sonnabend ist aber die Rente fällig. Mit seinem Kleiderkasten schließt er das Spind im Zimmer der Wirtin, entnimmt ihm ein zünftiges Obstbrot und erbricht auch eine für Waisen bestimmte Sparbüchse mit 50 Pf. Das Obstbrot verpackt er für 2 M.; für das Geld kauft er Wurst und Brot. Einige Tage später stellt er sich der Polizei; er bittet um Unterkunft und Verpflegung. Also kommt die Sache vor den Schnellrichter. Die Geschädigte ist bereits im Besitz der Pfandhequittung, von einer Anzeige hebt sie ab. Der Staatsanwalt beantragt drei Monate Gefängnis; die Mindeststrafe bei „schwerem“ Diebstahl — hier das Öffnen eines Schranke mit einem Schlüssel und Erbrechen von Behältnissen, d. h. der Sparbüchse. Im letzten Augenblick stellt der Richter fest, daß der Wert des Obstbrotes 2 M. beträgt und stellt das Verfahren auf Grund des § 248 a ein, denn wenn jemand aus Not unbedeutende Werte entwendet, so kann er wegen der Tat nur bei erfolgter Anzeige belangt werden.

Die verdunkelte Loge.

Luxus-Tanzpaläste und ihre Gäste.

Erst kürzlich veröffentlichten wir eine Schilderung, die ein Bild von dem nächtlichen Leben und Treiben in den großen eleganten Tanzpalästen des Berliner Westens gab. Vor einigen Tagen fand nun vor dem Arbeitsgericht eine Verhandlung statt, die die Zustände in den Luxuspalästen erneut beleuchtete.

Der Beklagte, Besitzer eines bekannten Tanzpalastes im westlichen Berlin, begann seine Ausführungen im Arbeitsgericht mit den Worten: „Zunächst helfe ich Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit und zugleich beantrage ich, die Presse auszuschließen, damit durch Veröffentlichungen nicht mein Unternehmen geschädigt werden könnte. Ich muß Rücksicht nehmen auf die bei mir verkehrenden Gäste, es verkehren bei mir die bekanntesten Persönlichkeiten Berlins und sogar Mitglieder der Hohenzollernfamilie.“

Mit diesen Ausführungen hotte der Beklagte allerdings logar die Wahrheit gesagt, denn das Lokal hat schon einmal Berühmtheit erlangt durch gewisse Exzesse, in deren Mittelpunkt Herr Subkoff stand. Trotzdem gab das Arbeitsgericht dem Antrag nicht statt. Und so wurde denn die Frage, ob der Geschäftsführer „der Unzucht

Der Milchmarder.

Ein 23-jähriger Kaufmann mit intelligentem Gesichtsausdruck, blaß, nervös, kurzschichtig. Im Zuhörerraum keine Mutter. Der junge Mann hat vor Wohnungstüren stehende Milchflaschen und Zeitungen gestohlen. Als er ertappt wurde, waren es zwei Flaschen Sahne, zwei Flaschen Milch und vier Zeitungen, die er entwendet hatte. Die Milch hat er für sich und seine Braut verbraucht. Er ist seit 1 1/2 Jahren arbeitslos, auch seine Braut hat keine Beschäftigung; sie erhält Wohlfahrtsunterstützung, er dagegen nicht. Eigentlich liegt hier Mordraub vor. Das Gericht verurteilt den Milch- und Zeitungsmarder zu 10 Tagen Gefängnis unter Anrechnung von 4 Tagen Polizeihaft. Auch dieses jungen Menschen wird sich — ebenso wie des ersten — das Pflegeamt annehmen.

Die Tochter des Polizeisekretärs.

Ihr Vater war Polizeisekretär. Sie ist Köchin und hat einmal eine Strafe erhalten, die der Richter, um sie vor der Öffentlichkeit zu schonen, nicht verliest. Neben ihr auf der Anklagebank ein etwa 50-jähriger Mann, beschränkt und schwerhörig. Ob er sie angesprochen oder sie ihn, steht nicht fest. Sie hatte an dem Tage etwa bis 15 Uhr gearbeitet und dann eins über den Duff getrunken, das soll ihr öfters passieren. Der Mann ging mit ihr in eine andere Kneipe und hier bestellte sie Bier und Schnaps. Als bezahlt werden sollte, hatte keiner von den beiden Geld. Die Zeche machte 1,95 M.; der Wirt ließ sie als Zechehalter verhaften. Das Gericht stellte das Verfahren auf Grund des § 153 wegen der geringen Schuld und des unbedeutenden Gegenstandes ein. Der Richter gab der Angeklagten den Rat, die Zeche nachträglich zu bezahlen. „Ach tue es noch heute abend.“ sagte die Tochter des Polizeisekretärs.

Borscht gelistet und damit einen Grund zur fristlosen Entlassung gegeben hatte, in aller Öffentlichkeit verhandelt. Die Verhandlung lieferte einen lehrreichen Beitrag zur Sittengeschichte des „reichen“ Berlins. Zunächst wurde erörtert, daß in dem Lokal 45 „Damen“ angesetzt sind, die keinen Pfennig Gehalt bekommen, trotzdem aber pünktlich zum Dienst anzutreten haben. Sie unterstehen der Leitung eines eigens für sie zur Beaufsichtigung angestellten Herrn und haben vor allen Dingen immer in tadelloser Kleidung zu erscheinen. Zwei dieser „Damen“ waren vor Gericht erschienen, beide hatten Perliermantel mit Perlschnur oder Opiumtrichter an und unter diesen, ein kleines bernsteinfarbendes Mantelchen, teure Gesellschaftskleider. Diese „Damen“ haben die Gäste zu „unterhalten“. Ihr Verdienst, von dem sie die kostspielige Garderobe zu bezahlen haben, besteht in dem „Tischgeld“, das sie von den Gästen des laudalen Lokals „herausarbeiten“ müssen. In der Verhandlung wurde noch beiläufig erwähnt, daß in letzter Zeit neunzehn solcher Damen entlassen werden mußten, weil sie beim „Herarbeiten“ des „Tischgeldes“ zu großzügig vorgegangen und die Gäste regelrecht ausgeraubt hatten.

In einem Abend haben drei dieser „Damen“ an einem Tisch in der Bar mit einem der Gäste zusammen. Plötzlich wandten sie sich an den Herrn Geschäftsführer mit dem Ersuchen, ihnen eine besondere Loge zu überlassen. Der geschäftsführende Direktor wies eine Loge an. Dann hatte er eine Unterhaltung mit dem Gast, „Borscht“ gelistet und damit einen Grund zur fristlosen Entlassung gegeben hatte, in aller Öffentlichkeit verhandelt. Die Verhandlung lieferte einen lehrreichen Beitrag zur Sittengeschichte des „reichen“ Berlins. Zunächst wurde erörtert, daß in dem Lokal 45 „Damen“ angesetzt sind, die keinen Pfennig Gehalt bekommen, trotzdem aber pünktlich zum Dienst anzutreten haben. Sie unterstehen der Leitung eines eigens für sie zur Beaufsichtigung angestellten Herrn und haben vor allen Dingen immer in tadelloser Kleidung zu erscheinen. Zwei dieser „Damen“ waren vor Gericht erschienen, beide hatten Perliermantel mit Perlschnur oder Opiumtrichter an und unter diesen, ein kleines bernsteinfarbendes Mantelchen, teure Gesellschaftskleider. Diese „Damen“ haben die Gäste zu „unterhalten“. Ihr Verdienst, von dem sie die kostspielige Garderobe zu bezahlen haben, besteht in dem „Tischgeld“, das sie von den Gästen des laudalen Lokals „herausarbeiten“ müssen. In der Verhandlung wurde noch beiläufig erwähnt, daß in letzter Zeit neunzehn solcher Damen entlassen werden mußten, weil sie beim „Herarbeiten“ des „Tischgeldes“ zu großzügig vorgegangen und die Gäste regelrecht ausgeraubt hatten.

der das Bedürfnis verspürte, sich mit drei Damen zurückzuziehen. Dieser Wunsch, daß das Licht in der Loge gelöscht würde. Selbstverständlich entsprach der Direktor diesem Wunsch. Er war es gewohnt, seine Gäste nur auf ihre Zahlungsfähigkeit zu tagieren, sonst traute er niemand etwas Schlimmes zu. Auch in diesem Fall hatte er sich nicht getäuscht, denn in der verdunkelten Loge wurde sofort französischer Sekt und russischer Kaviar bestellt. Die Zeche belief sich in unglaublich kurzer Zeit auf etwa 200 M., womit die Vornehmheit des Gastes ohne weiteres einwandfrei erwiesen war. Aber dann begannen die Musiker „lange Hälse“ zu machen, und da nicht genügend Sekt getrunken wurde, erhielt der Direktor wieder die Loge, worauf der Gast sofort das Lokal verließ.

Am anderen Tag wurde der Direktor fristlos entlassen, weil er „der Unzucht Borscht“ gelistet hätte, wie der Besitzer des Lokals erklärte, der übrigens noch mehrere, gleichartige Lokale im Berliner Westen besitzt. Der Geschäftsführer fühlte sich schuldig, denn die „Damen“ hatten ihm erklärt, daß sie keine „Unzucht“ in der Loge getrieben hätten. Das Gericht unterstellte die „Unzucht“ als erwiesen und verurteilte trotzdem den Besitzer, an seinen Direktor noch vier Monate zu halten in Höhe von je 1750 M. zu zahlen. Denn, so sagte der Richter in der Urteilsbegründung, in Lokalen, wo 45 Damen zur Unterhaltung der Gäste ohne Gehalt angestellt sind, ist es üblich, daß sich die männlichen Besucher diesen Damen gegenüber gewisse Freiheiten herausnehmen. Wenn es da wirklich zu Intimitäten in der Loge gekommen ist, so wäre das nichts Außergewöhnliches und jedenfalls kein Grund zur Entlassung des Geschäftsführers.

Liebestragödie in Pankow.

Schupowachmeister erschießt seine Geliebte und sich selbst

Am Sonntag abend spielte sich in der Florastr. 20 in Pankow eine furchtbare Liebestragödie ab. Dort erschoss der 29-jährige Polizeioberwachmeister Hermann Hayden aus der Wilhelm-Ruhr-Str. 83 seine gleichaltrige Geliebte Frau Margarete Fraß und brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß in den Kopf bei.

Frau Fraß war verheiratet und ihr Mann, der früher eine Gastwirtschaft betrieb, befand sich seit Wochen in einer Heilanstalt. In der Zwischenzeit nahm Frau F. zu dem Polizeioberwachmeister Hayden den sie von früher her kannte, Beziehungen auf. Das Verhältnis gestaltete sich bald sehr innig, und als Fraß über Neujahr einige Tage in Pankow weilte, bot ihr seine Frau, sie freizugeben. Der Mann weigerte sich jedoch. Vor zwei Tagen kehrte F. wieder in die Anstalt zurück. Am Sonntag war Frau F. allein in der Wohnung, am Nachmittag empfing sie den Besuch Haydens und beide beschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Mit seiner Dienstpistole führte Hayden die Tat aus.

Zehn Jahre der GPU. entgangen.

Moskau, 6. Januar.

Vom Sowjetgericht in Grojny ist ein gewisser P a s a n o w zum Tode verurteilt worden, der zur Zeit der Bürgerkriege sich als „Weißgardist“ betätigt, in den weichen Armen eine bedeutende Rolle gespielt und damals die Hinrichtung zahlreicher Bolschewiken veranlaßt hat. Es war ihm gelungen, unter angenommenem Namen sich zehn Jahre hindurch unerkannt innerhalb der Sowjetgrenzen aufzuhalten und allen Nachforschungen der Tscheka, der heutigen GPU, zu entgehen, bis er jetzt verhaftet wurde.

Theater, Lichtspiele usw.

Montag, 6. 1. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 6 20 Uhr Der Barbier von Sevilla	Montag, 6. 1. Städt. Oper Bismarckstr. 19 1/2 Uhr Geschlossene Vorstellung
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Vorstr. 4 19 1/2 Uhr Der fliegende Holländer	Städt. Schauspiel am Heermannmarkt R.-S. 67 20 Uhr Don Carlos
Städt. Schiller-Theater, Charlith. 29 Uhr Hans im Schnakenloch	

Volkstheater Theater am Blümlerplatz 8 Uhr Anfere Dreyfus Schauspiel von Anzermayer Regie: H. J. Reichelt und W. Herzog H. D. Kenter.	Lessing-Theater Norden 10840 Tägl. 8 1/2 Uhr Fileg Roter Adler Schauspiel von Anzermayer	Komische Oper Friedrichstr. 104. Merkur 1401/4336. Allabendlich 8 1/2 U. Hulla di Bulla Lobank von Arnold und Leh.
Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr Hotel Stadt Lemberg Musik von Gilbert Käthe Dorsch Leo Schützendorf	Kleines Theat. Merkur 1624 Täglich 8 1/2 Uhr Max Adalbert	Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.
Städt. Schiller-Th. 8 Uhr Hans im Schnakenloch	Staatstheater am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Der fliegende Holländer	Wiegenlied Lustspiel von Ladislav Fodor.
Theater am Schlosspark 8 1/2 Uhr Die Gartenlaube	Städt. Schiller-Theater, Charlith. 29 Uhr Hans im Schnakenloch	Barnowsky-Bühnen Theater in der Königsplatz-Str. Täglich 8 1/2 Uhr Die erste Mrs. Selby mit Fritz Massary
Deutsches Theater O.-L. Norden 12310 Tägl. 8 1/2 Uhr Der Kaiser v. Amerika v. Bernard Shaw Regie: Max Reinhardt	Kammerspiele D.-L. Norden 12310 Täglich 8 1/2 Uhr Désiré Komödie von Sascha Guitry Regie: Leo Mittler.	Komödienhaus Täglich 8 1/2 Uhr Der Lügner und d. e. Nonne mit Curt Götz
PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2 Alex. 5066 INTERNAT. VARIÉTÉ	GROSSES SCHAUPIELHAUS 4 Uhr 3 Musketeiere Regie: ERIC CHARELL. 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.	Operettenhaus Alte Jakobstr. 20/22 (Zentral-Theater) Täglich 9 1/2 Uhr Der Soldat der Marie Gustav Matzner. Dora Brach, Erich Dorcher, der König des Jazz

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--

Winter Garten 8.15 Uhr Tägl. 2019 Randen erlaubt Original 16 Lawrence Tiller-Oris Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc. Sonabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 15 Uhr. 4 kleine Preise.	ROSE THEATER K. Frankfurter Straße 132 Telephon: Alexander 3422 u. 3494 Täglich 8 1/2 Uhr Sonntags 5.15 und 9 Uhr Die Czardastürstin Große Operette von Emmerich Kälin.
---	--